

8 Dringliche Anträge

8.1 Impfstatus – Aufnahme in Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen (GRⁱⁿ Potzinger, ÖVP)

GRⁱⁿ Potzinger:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hohe Stadtregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, Damen und Herren auf der Galerie. Es geht um ein ernstes Gesundheitsthema, das auch medial in letzter Zeit für Aufmerksamkeit gesorgt hat, um die Kinderkrankheit Masern, die auch bei Erwachsenen auftritt, die aufgrund sinkender Durchimpfungsraten in letzter Zeit leider wieder zugenommen hat. Es geht um den Impfstatus, die Aufnahme des Impfstatus in Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen in das Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz des Landes Steiermark. Die Masernfälle auf der Kinderklinik des LKH Graz zeigen, dass manche Infektionskrankheiten wieder vermehrt auftreten. Leider hat die Durchimpfungsrate in Österreich noch immer nicht die Empfehlungen der WHO erreicht, der Weltgesundheitsorganisation. Impfmüdigkeit, Impfgegnerschaft, vielleicht auch mangelnde Information und Aufklärung führen dazu, dass Krankheiten wie Masern vielerorts wieder auf dem Vormarsch sind. Der Fall der Grazer Kinderklinik, den ich eingangs erwähnte, zeigt jedoch dramatisch, dass oftmals nicht nur die ungeimpfte Person, sondern vor allem unbeteiligte Dritte, Babys, immunschwache Personen, ältere Menschen die Leidtragenden dieser Entwicklung sind. Menschen, die nicht geimpft werden können und neun Monate alte Babys, HIV-infizierte Personen, Schwerkranke, die nicht geimpft werden können, die deshalb aber insgesamt den Impfschutz der Bevölkerung brauchen, um selbst auch den Schutz zu haben. Wie dramatisch die Masernkrankheit ist, zeigt, dass eine von tausend Masernerkrankungen tödlich verläuft. Trotz zahlreicher Aufklärungskampagnen, nicht zuletzt im Mutter-Kind-Pass, und Gratisimpfung sind die 95 %, die laut WHO notwendig wären, um einen kompletten Schutz der gesamten Bevölkerung, auch jener, die nicht geimpft werden können zu erreichen, noch nicht erreicht. Die negativen Auswirkungen und die schnelle Verbreitung von hochinfektiösen Krankheiten sieht man vor allem in den

Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen. Eltern und Pädagogen wissen genau, was es bedeutet, wenn z. Bsp. ein Magen-Darm-Virus eine Einrichtung erreicht und welche Folgen dies hat. Vergleichsweise noch harmlos im Vergleich zu den Masern. Ähnliche Szenarien sind zu befürchten, wenn Krankheiten wie Masern vermehrt in die Betreuungseinrichtungen zurückkehren und in die Bildungseinrichtungen und hochansteckend, wirklich hochansteckend, um sich greifen. Es geht vor allem hier um den Schutz unserer Kinder.

Aus diesem Grund stelle ich namens der ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

dringlichen Antrag:

1. Das Land Steiermark wird dazu aufgefordert, im Zuge der Novelle des Steiermärkischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes die altersadäquate Impfung für Masern, Mumps, Röteln, MMR, als Voraussetzung für eine Aufnahme in Kinderkrippen einzuführen.
2. Das Land Steiermark wird aufgefordert, die gleiche Regelung für Kindergärten sowie Kinderhäuser mit Ausnahme des Pflichtkindergartenjahres einzuführen.

Ich bitte um Annahme (*Allgem. Appl.*).

Originaltext des dringlichen Antrages:

Die Masernfälle auf der Kinderklinik des LKH Graz zeigen, dass manche Infektionskrankheiten wieder vermehrt auftreten. Leider hat die Durchimpfungsrate in Österreich noch immer nicht die Empfehlungen der WHO erreicht. Impfmüdigkeit und Impfgegnerschaft führen dazu, dass Krankheiten wie Masern wieder auf dem Vormarsch sind. Der Fall der Grazer Kinderklinik zeigt jedoch dramatisch, dass oftmals nicht nur die ungeimpfte Person, sondern vor allem unbeteiligte Dritte (Babys, immunschwache Personen, ältere Menschen) die Leidtragenden dieser Entwicklung sind.

Eine von 1.000 Masernerkrankungen verläuft tödlich. Trotz zahlreicher Aufklärungskampagnen und Gratis-Impfung sind die 95 Prozent, die laut WHO notwendig wären, um einen kompletten Schutz der gesamten Bevölkerung (auch jener, die nicht geimpft werden können) zu erreichen, noch nicht erreicht.

Die negativen Auswirkungen und die schnelle Verbreitung von hochinfektiösen Krankheiten sieht man vor allem in den Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen. Eltern und Pädagogen wissen genau, was es bedeutet, wenn zum Beispiel ein Magen-Darm-Virus eine Einrichtung erreicht und welche Folgen dies hat. Ähnliche Szenarien sind auch zu befürchten, wenn Krankheiten wie Masern vermehrt in die Bildungseinrichtungen zurückkehren und hochansteckend um sich greifen.

Aus diesem Grund stelle ich im namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

dringlichen Antrag:

- 1. Das Land Steiermark wird dazu aufgefordert, im Zuge der Novelle des Steiermärkischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes – StKBGG die altersadäquate Impfung für MMR (Masern, Mumps, Röteln) als Voraussetzung für eine Aufnahme in Kinderkrippen einzuführen.*
- 2. Das Land Steiermark wird aufgefordert, die gleiche Regelung für Kindergärten sowie Kinderhäuser mit Ausnahme des Pflichtkindergartenjahres einzuführen.*

GR Ehmann:

Sehr geehrter Herr Vizebürger, geschätzte Kolleginnen und Kollegen der Stadtregierung, liebe Antragstellerin, liebe KollegInnen im Gemeinderat, auf der Galerie. Ja, ein wichtiger Antrag. Wir sehen das gleichermaßen so. Also selbst wir

stehen auch hier klar zur Impfsituation oder bzw. gehen eigentlich in Richtung Impfpflicht, wobei natürlich darauf hinzuweisen ist, dass hier Untersuchungen mittlerweile gibt, wo man vorab schon abklären kann, ob die Verträglichkeit da ist oder nicht. Aber letztendlich, um was es uns da geht jetzt? Wir werden dem Dringlichen zustimmen, also sei es in der Dringlichkeit als auch im Inhalt. Ich möchte aber nur wirklich darauf hinweisen, dass es eigentlich die falsche Adressatin ist. Weil tatsächlich war es so, dass es in das Bundesministerium gehört. Das würde in Wahrheit auch in den Mutter-Kind-Pass aufgenommen werden müssen oder sollen. Das sollte eigentlich die Kollegin oder eure Kollegin Hartinger in Wien machen und dem nachkommen. Weil das Land kann das jetzt zwar in der Eigenermächtigung hier in diesem Fall machen für sich selbst, aber vernünftig wäre das natürlich nur bundesweit einheitlich und daher sollte es auch vom Bundesministerium ausgehend sein und das sollte ja momentan nicht die Schwierigkeit sein, eine derartige Bestimmung mit der Kollegin Hartinger in Wien zu erreichen in der Koalition. Also wie gesagt, falsche Adressatin, aber Inhalt und Dringlichkeit sind uns da vorrangig in der Sache und deshalb werden wir auch zustimmen (*Allgem. Appl.*).

GRⁱⁿ Wutte:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber ZuhörerInnen, liebe Sissi. Vielen Dank für den Antrag, den wir auch in der Dringlichkeit und im Inhalt zustimmen werden, wie ich gleich vorausschicken kann. Ich rede ja nicht nur als Politikerin, sondern auch als persönlich Betroffene, weil ich ja eine kleine acht Monate alte Tochter habe, die eben noch nicht Masern geimpft ist, weil es noch zu früh ist. Und ich muss jetzt auch wirklich für mich selbst reden. Es ist für mich eine unerträgliche Situation zu wissen, dass ich unterwegs bin in der Stadt und sie ständig dieser Gefahr ausgesetzt ist. Nur weil einfach manche Menschen so skeptisch sind, dass sie ihre Kinder nicht impfen lassen wollen und dadurch eben Babys und andere, die nicht geimpft werden können, gefährden (*Allgem. Appl.*). Und das wirklich aus meiner eigenen Betroffenheit heraus und ich finde eben, jetzt zum Inhaltlichen, ich finde das auch in einem ganz guten

Mittelweg zu sagen, keine generelle Impfpflicht, sondern als Eintritt in die Krippen und Kindergärten zu knüpfen, weil ja ExpertInnen eben auch sagen, wenn man eine allgemeine Impfpflicht einführen würde, könnte das sogar den gegenteiligen Effekt haben. Also dass es dann einfach Leute, die schon skeptisch sind, dass die sich dann endgültig zurückziehen, sozusagen, aus dem Gesundheitssystem und im schlimmsten Fall gar nimmer zum Arzt gehen mit den Kindern und das wäre natürlich, das ist nicht das, was wir wollen, nehme ich einmal an. Und die Leute dann völlig sich aus dem System sozusagen rausnehmen. Aber ich denke, mit dem hat man einen sehr guten Mittelweg, wo man doch viele Menschen erreichen wird und ich hoffe sehr, dass es möglichst bald umgesetzt wird. Vielen Dank für den Antrag (*Allgem. Appl.*).

StR Krotzer:

Ich möchte mich auch bedanken und zwar in mehrerlei Hinsicht. Einmal für den Antrag, ein herzliches Dankeschön, den wir seitens der KPÖ-Fraktion natürlich unterstützen. Ich will gleichzeitig aber auch die Gelegenheit nutzen, auch ein großes Dankeschön an der Seite auszusprechen an die Kolleginnen und Kollegen von der Impfstelle des Gesundheitsamtes, die in den letzten Wochen sehr, sehr viel gearbeitet haben, geleistet haben, um hier dafür zu sorgen, dass es zu keiner weiteren Ausbreitung der Masernerkrankungen kommt, weil das Gesundheitsamt auch dafür zuständig ist, im Falle der Erkrankungen hier das gesamte Umfeld abzudecken, dh. die Schule zu kontaktieren, dh. aber auch zu schauen, wo ist der Infizierte oder die Infizierte unterwegs gewesen, welche Wege ist man gegangen. Dort überall das abzutelefonieren mit den Menschen zu sprechen, sie darauf hinzuweisen, welche Schutzmaßnahmen getroffen werden, Sie können sich vorstellen, das ist eine Heidenarbeit und dafür ein großes Dankeschön. Ebenso auch an die KollegInnen aus der Impfstelle selbst, die unter sehr erschwerten Bedingungen, nämlich dem glücklicherweise Zustand, dass wir gerade die Impfstelle umbauen und wir haben das ja so gelegt, dass das in der normalerweise impfschwachen Zeit ist, dass genau jetzt wir hier teilweise an einem Tag 120, 150 Masern-, Mumps-, Rötelnimpfungen gehabt

haben, mehr als wir sonst in einem ganzen Jahr haben, haben wir oder vor allem die KollegInnen in der Impfstelle jeden Tag abgehandelt und auch von daher ein großes Dankeschön und in dem Sinne unsere Zustimmung dazu. Dankesehr (*Allgem. Appl.*).

Potzinger:

Danke für die breite Zustimmung. Ich möchte mich bei der Gelegenheit auch sehr bei unserem Familienstadtrat Kurt Hohensinner bedanken, der vor allem auch eine treibende Kraft war, dass wir heute diesen Antrag vorliegen haben. Danke dafür und von unserer Seite, von unserer Fraktion, Dank an die Impfstelle der Stadt. Herr Stadtrat Krotzer hat es erwähnt. Da halten wir zusammen. Es geht um die Gesundheit, das Wohlergehen vor allem unser Kleinsten unserer Stadt. Vielen Dank dafür (*Allgem. Appl.*).

StR Hohensinner:

Danke, Herr Vizebürgermeister. Ich finde es wirklich großartig, wie sachlich diese Diskussion hier abgehandelt wird. Ich möchte einmal mehr noch einmal die Fakten auf den Tisch legen. Das Risiko, dass man einen Impfschaden hat, ist 1:1.000.000. Das Risiko, dass man einen Schaden durch Masern hat, nämlich einen schweren Schaden, ist 1: 1.000. Lieber Michi Ehmann, es stimmt, es wäre auf Bundesebene möglich, das an den Mutter-Kind-Pass und an das Kinderbetreuungsgeld zu koppeln. Ich wäre auch für diese Variante, aber ich finde, man sollte da auf jeden Fall die Parteipolitik jetzt draußen halten. Mir geht es darum, dass wir Schritte setzen können. Ich möchte, weil die Kollegin Robosch schon schaut, nicht jemandem da etwas unterstellen, aber es gehört draußen. Mir ist es wichtig, dass wir etwas umsetzen und es ist möglich, mit diesem dringlichen Antrag auch das Land zu überzeugen, das in die Novellierung mitreinzunehmen. Ich möchte ein Beispiel bringen, weil die Kollegin der grünen Fraktion auch die persönliche Betroffenheit gezeigt hat, wir sitzen da im gleichen Boot. Ich habe auch eine Tochter, die hat den Impfschutz noch nicht und ein Bekannter von

mir, den hat es ziemlich arg getroffen. Der hat eh die Schwierigkeit gehabt, dass sein Kind eine Frühgeburt war, die waren ein Monat auf der Babyintensivstation. Haben es dann irgendwie geschafft, dass das Kind sich erholt hat. Waren zu Hause, das Kind hat einen Husten bekommen, sie waren beim Kinderarzt. Der Kinderarzt hat die Familie in die Kinderklinik geschickt, genau an dem Freitag, wo dieser erste öffentliche Fall eben auf der Kinderklinik behandelt wurde. Sie sind kurz zu Hause gewesen, dann haben sie den Anruf bekommen, dass präventiv der kleine Bub eine Behandlung hinnehmen muss. Das ist eine Behandlung, der Phillip Hofer weiß das, die sehr schmerzvoll ist, über eine Kopfvene wird die verabreicht. Gott sei Dank hat er sich erholt, hat keine Masernansteckung gehabt, aber einem anderen Kind, das zeitgleich auf der Kinderklinik war, ist es leider anders ergangen. Gott sei Dank hat das Kind sich dann auch von Masern erholt, aber von dem her möchte ich mit dem Beispiel einmal mehr unterstreichen, so kleine Kinder können sich nicht schützen und gerade deshalb sollten wir für eine allgemeine Impfpflicht sein. Das ist derzeit scheinbar nicht möglich, aber in der Steiermark können wir diesen steirischen Weg wählen. Ich möchte mich auch bedanken beim Stadtrat Krotzer, bei seiner Abteilung, auch bei meiner Abteilung, bei der Bildungsabteilung, da haben wir auch eine gute Informationsarbeit, eine gute Impfaufklärung vorangetrieben. Ich bedanke mich beim Walther Nauta, der das rechtlich auch abgeklärt hat, weil es gibt auch Gemeinden in der Steiermark, die haben das einfach umgesetzt mit dieser Vorgabe wie Gleisdorf. Mir war es wichtig, dass wir eine Rechtsgrundlage haben, die wir jetzt mit der Novellierung des Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz hoffentlich geschaffen haben. Ich möchte noch unterstreichen, alle, die im Land einen Einfluss haben, bitte schauen wir, dass die Landtagsfraktionen das möglichst schnell auf Schiene bringen. Die Möglichkeit gibt es jetzt mit der Novellierung, dass wir bei der nächsten Epidemie dann auch diesen Impfschutz möglichst bei allen Kindern schon haben. Danke (*Allgem. Appl.*).

Potzinger:

Ganz kurz, nur ein Wort zur Anmerkung Mutter-Kind-Pass betreffend. Wir wissen, dass eine Novelle des Mutter-Kind-Pass-Gesetzes ansteht und verhandelt wird wirklich sehr intensiv von unserer Familien-, Frauen-, und Jugendministerin Juliane Bogner-Strauß und der Sozial- und Gesundheitsministerin Beate Hartinger-Klein, aber da geht es um viele Themen, die wir auch hier im Hause schon besprochen haben, auch auf dem Petitionswege schon nach Wien geschickt haben, vom Elternbildungsgutschein bis zur zahnärztlichen Untersuchung für Zweijährige. Wir haben unsere Wünsche dort deponiert. Wissen aber, dass das noch eine Zeitlang dauert. Der schnelle Weg geht jetzt über das Landesgesetz. Wir wollen, dass es möglichst schnell zu einer substantiellen Verbesserung kommt für den Schutz der Kinder. Deshalb gehen wir jetzt einmal den steirischen Weg. Danke für die breite Zustimmung (*Allgem. Appl.*).

Die Dringlichkeit des Antrages wurde einstimmig angenommen.

Der Dringlichkeitsantrag wurde einstimmig angenommen.

**8.2 EU-Dienstleistungsrichtlinie
(GR Eber, KPÖ)**

GR Eber:

Danke. Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, sehr geehrter Herr Vorsitzender (*lacht*), liebe Kolleginnen und Kollegen und sehr geehrte Damen und Herren. In meinem Antrag geht es um die EU und Dienstleistungen, um Richtlinien etc. Es sind sehr komplexe Themen. Deswegen hat es im Vorfeld auch schon ein bisschen Diskussionen gegeben mit der Frage: Habe ich hier in meinem Antrag die richtigen Wörter sozusagen verwendet? Um keinen Zweifel mehr daran zu lassen, was ich mit EU-Dienstleistungs-

richtlinie „neu“ meine: Ich rede wie es offiziell heißt, von der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Durchsetzung der Richtlinie 2006/1,2,3/EG über Dienstleistungen im Binnenmarkt zur Festlegung eines Notifizierungsverfahrens für dienstleistungsbezogene Genehmigungsregelungen und Anforderungen sowie zur Änderung der Richtlinie 2006/1,2,3 EG und der Verordnung EU-Nr. 1024/2012 über die Verwaltungszusammenarbeit mit Hilfe des Binnenmarktinformationssystems, kurz COM 2016821. Damit ist, glaube ich, klargestellt, um was es geht (*lacht*), wenn nicht, wenn noch nicht ganz, ein paar Worte noch dazu. Mit dieser europäischen Dienstleistungsrichtlinie, bekannt auch unter dem schönen Namen „Bolkestein-Richtlinie“, benannt nach dem damals zuständigen EU-Kommissar, wurde der Dienstleistungsmarkt in der EU bereits 2006 liberalisiert. Erst nach vielen Protesten und Veränderungswünschen, insbesondere würde ich sagen, so von den Gewerkschaften wurde da einiges noch entschärft. Grundsätzlich fallen auch Aufgaben der Daseinsvorsorge wie Altersheime, Kinderbetreuung, Behinderteneinrichtungen usw. darunter. Grundsätzlich deshalb, weil Voraussetzung für die Anwendung dieser Richtlinie ist, dass diese Dienstleistungen tatsächlich unter Marktbedingungen erbracht werden. Nunmehr also soll eine sogenannte Nostrifizierungsrichtlinie bis auf die Ebene der Kommunen für weitere Deregulierungen sorgen. Entscheidungen von Ländern und Gemeinden im Bereich der Dienstleistungen sollen in Zukunft bereits drei Monate vor der Beschlussfassung an die EU-Kommission gemeldet werden müssen. Diese hat dann mit einfacher Mehrheit die Möglichkeit, Entscheidungen, eben von Ländern und Gemeinden, rückgängig zu machen bzw. erst gar nicht zuzulassen. Dagegen hat beispielsweise der Gemeinderat von Amsterdam bereits protestiert, weil sie strikte Regelungen für Airbnb, also für diese Privatzimmer-Vermieter könnte man vereinfacht sagen, machen wollten. Mit den neuen EU-Regeln wäre das so einfach nicht mehr machbar. Es gibt also diese Diskussion seit zwei, drei Jahren bereits. Es haben sich insgesamt nun in der letzten Zeit vor allem über 160 Bürgermeister, NGOs, Parteien und Institutionen quer durch ganz Europa gegen diese neue Richtlinie ausgesprochen, darunter auch der ÖGB und die österreichische Arbeiterkammer. Der EU-Ausschuss des österreichischen

Bundesrates hat folgende bemerkenswerte Mitteilung an die EU-Kommission beschlossen: Angesichts der vorgebrachten substantiellen Bedenken hält der Vorschlag einer Prüfung der Subsidiarität nicht statt. Der Bundesrat erachtet den Vorschlag für zu weit gehend und als überschießenden Eingriff in die Subsidiarität und Gesetzgebungshoheit der Mitgliedsstaaten. Daher darf ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

stellen:

1. Der Gemeinderat der Stadt Graz spricht sich entschieden gegen die Verabschiedung dieser Dienstleistungsrichtlinie aus und
2. der Gemeinderat der Stadt Graz unterstützt den Aufruf „Stop the EU's Services Notification Procedure“.

Danke, punktgenau fertig geworden. Ich ersuche um Zustimmung (*Allgem. Appl.*).

Originaltext des dringlichen Antrages:

Mit der Europäischen Dienstleistungsrichtlinie, bekannt auch unter dem Namen "Bolkestein-Richtlinie" wurde der Dienstleistungsmarkt in der EU bereits 2006 liberalisiert. Erst nach zahllosen Protesten wurde diese Richtlinie etwas entschärft, sahen doch v. a. Gewerkschaften eine gefährliche Abwärtsspirale in Gang gesetzt - zunehmende Deregulierung auf der einen, Entschärfung der Kontrollmöglichkeiten auf der anderen Seite.

Grundsätzlich fallen auch Aufgaben der Daseinsvorsorge wie Altersheime, Kinderbetreuung, Behinderteneinrichtungen, Müllabfuhr unter diese Bestimmungen. "Grundsätzlich" deshalb, weil Voraussetzung für die Anwendbarkeit der Dienstleistungsrichtlinie ist, dass diese Dienstleistungen unter Marktbedingungen erbracht werden.

Nunmehr soll eine "Notifizierungsrichtlinie" bis auf die Ebene der Kommunen für weitere Deregulierungen sorgen. Entscheidungen von Ländern und Gemeinden im Bereich der Dienstleistungen sollen in Zukunft bereits drei Monate vor Beschlussfassung an die EU-Kommission gemeldet werden müssen. Diese hat dann mit einfacher Mehrheit die Möglichkeit, Entscheidungen rückgängig zu machen bzw. erst gar nicht zuzulassen. Der Gemeinderat von Amsterdam hat dagegen bereits protestiert. Eine gewünschte Verschärfung der Regeln für Airbnb wäre mit den neuen EU-Regeln nicht mehr machbar.

Betroffen von der EU-Dienstleistungsrichtlinie sind nahezu alle Bereiche, von der Stadtplanung über Verbraucherschutz, von der Energie- und Wasserversorgung bis zum Arbeitsrecht, von Wohnen bis zur Gesundheit.

Insgesamt haben sich bereits über 160 Bürgermeister, NGOs, Parteien und Institutionen in ganz Europa gegen diese neue Richtlinie ausgesprochen, darunter auch der ÖGB und die Arbeiterkammer.

Der EU-Ausschuss des österreichischen Bundesrats hat in seiner Sitzung am April 2017 folgende bemerkenswerten Mitteilung an die EU-Kommission, das EU-Parlament und den Rat beschlossen: "Angesichts der vorgebrachten substantiellen Bedenken hält der Vorschlag einer Prüfung der Subsidiarität nicht statt. Der Bundesrat erachtet den Vorschlag für zu weit gehend und als überschießenden Eingriff in die Subsidiarität und Gesetzgebungshoheit der Mitgliedsstaaten:"

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates):

- 1) *Der Gemeinderat der Stadt Graz spricht sich entschieden gegen die Verabschiedung der "Dienstleistungsrichtlinie" aus und*
- 2) *der Gemeinderat der Stadt Graz unterstützt den Aufruf "Stop the EU's Services Notification Procedur".*

Vorsitzwechsel – StR Hohensinner übernimmt den Vorsitz (16.05 Uhr).

GR Moser:

Werte Damen und Herren auf der Galerie. Liebe Kolleginnen und Kollegen. Die Mitglieder des Stadtsenates, sehr geehrter Herr Stadtrat, lieber Kollege Eber. Wir haben uns den Antrag genau angeschaut. Ich habe dir in der Früh schon gesagt, ich habe mich damit ein bisschen beschäftigt und der Antrag, das Thema, ist wichtig, das ist gut. Die Substanz fehlt uns da ein bisschen, und vor allem mit dem ersten Punkt deines Antrages hätte wir nicht mitgehen können inhaltlich. Des Weiteren hat der Bundesrat in 29 Punkten das viel prägnanter und genauer gemacht. Viel prägnanter und viel genauer und daher haben wir uns entschlossen, einen Abänderungsantrag einzubringen und nachdem dies so wichtig ist, verlese ich direkt, das geht ganz kurz: Dringlicher Antrag von GR Manfred Eber, EU-Dienstleistungsrichtlinie, Abänderungsantrag. Es ist Sache des EuGHs, über die Auslegung und die Einhaltung von EU-Richtlinien zu entscheiden. Die von der EU-Kommission geplante Änderung des Notifizierungsverfahrens führte im Endeffekt zu einer Verschiebung der Kompetenzen des EuGHs zur EU-Kommission. Das ist nämlich ein ganz ein wesentlicher Punkt auf den es darauf ankommt.

Zwischenruf StRⁱⁿ Kahr: Das war so.

Moser:

Nein, es ist nicht so.

Zwischenruf StRⁱⁿ Kahr: Das steht im Motivenbericht.

Moser:

Sie können sich zu Wort melden, bitte, Frau Stadträtin. Zahlreiche europäische Städte, Bürgermeister und Organisationen haben bereits eine entsprechende Erklärung unterzeichnet. Das ist richtig, das ist im Motivenbericht drinnen.

Daher ergeht namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehender

Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Der Gemeinderat der Stadt Graz schließt sich der Mitteilung des EU-Ausschusses des österreichischen Bundesrates vom April 2017 vollinhaltlich an. Das ist viel umfassender und besser. Angesichts der vorgebrachten substantiellen Bedenken hält der Vorschlag einer Prüfung der Subsidiarität nicht statt. Der Bundesrat erachtet den Vorschlag für zu weit und als überschießenden Eingriff in die Subsidiarität und Gesetzgebungshoheit der Mitgliedsstaaten.
2. Die Stadt Graz unterzeichnet die Erklärung „Stop the EU's Services Notification Procedure“.

Damit ist also der zweite Punkt drinnen und ich bitte um Zustimmung (*Appl.*).

Originaltext des Abänderungsantrages:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Es ist Sache des EuGH, über die Auslegung und die Einhaltung von EU-Richtlinien zu entscheiden. Die von der EU-Kommission geplante Änderung des Notifizierungsverfahrens führte im Endeffekt zu einer Verschiebung der Kompetenzen des EuGH zur EU-Kommission.

Zahlreiche europäische Städte, Bürgermeister und Organisationen haben bereits eine entsprechende Erklärung unterzeichnet. Daher ergeht namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehender

Abänderungsantrag

gem. § 21 der GO f. d. Gemeinderat

der Landeshauptstadt Graz:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1. Der Gemeinderat der Stadt Graz schließt sich der Mitteilung des EU-Ausschusses des österreichischen Bundesrates vom April 2017 vollinhaltlich an:
„Angesichts der vorgebrachten substantiellen Bedenken hält der Vorschlag einer Prüfung der Subsidiarität nicht statt. Der Bundesrat erachtet den Vorschlag für zu weitgehend und als überschießenden Eingriff in die Subsidiarität und Gesetzgebungshoheit der Mitgliedsstaaten.“*
- 2. Die Stadt Graz unterzeichnet die Erklärung „Stop the EU’s Services Notification Procedure“.*

GR Haßler:

Sehr geehrte Stadtsenatsmitglieder, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrte Zuhörer und Zuhörerinnen auf der Galerie. Der Kollege Eber, wo er ist jetzt, da links vor mir, hat es eh schon selbst in seinen Ausführungen richtig gesagt, dass er uns ein bisschen verwirrt hat vor allem mit seinem Titel, denn richtigerweise müsste es heißen, dass es eben um die Modifizierungsrichtlinie zur Dienstleistungsrichtlinie geht, die das

große Problem eben darstellt, aber er hat es eh selber abgeklärt. Dies ist tatsächlich ein Problem, weil die soll ermöglichen, dass demokratisch beschlossene Gesetze zukünftig durch einen einfachen Beschluss der EU-Kommission quasi außer Kraft gesetzt werden. Bisher kann man eben, wenn man meint, dass eine Vertragsverletzung stattgefunden hat, einen Vertragsverletzungsverfahren in einer Klage beim Europäischen Gerichtshof einbringen. Dort wird es dann geprüft. In Zukunft will die Kommission durch einen einfachen Beschluss eben dann Gesetze der Nationalstaaten außer Kraft setzen können und das, glaube ich, wollen die Länder nicht und will da auch hier im Gemeinderat hoffentlich niemand und deshalb glaube ich, ist der Antrag in der Dringlichkeit auf jeden Fall wichtig. Wir werden auch der Dringlichkeit zustimmen. Beim Inhalt werden wir dem Abänderungsantrag der FPÖ folgen, weil da eben auch die Konkretisierung dann, glaube ich, in die richtige Richtung geht. Uns ist es wichtig, dass im Bereich der EU die Demokratie weiter ausgebaut wird, dass die EU sozialer wird. Uns ist es wichtig, dass die hohen Standards bei den Dienstleistungen auch noch von den Nationalstaaten festgelegt werden können und dass es eben nicht dann die Möglichkeit gibt, mit einfachen Beschlüssen die außer Kraft zu setzen. Danke (*Allgem. Appl.*).

GR Egger:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Stadtsenatsmitglieder, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer auf der Tribüne. Es gelingt ja nicht so oft, dass mich die KPÖ überrascht. Aber diese Breite an Inhalten, die die KPÖ heute bei den dringlichen Anträgen an den Tag legt, lässt mich schon ein bisschen schmunzeln, nämlich vom Blumenkistl bis zur Europäischen Union und dass wir uns jetzt im Grazer Gemeinderat mit einer Richtlinie beschäftigen, die seit einigen Jahren ...

Zwischenruf StRⁱⁿ Kahr: Weil es uns betrifft.

Egger:

Ich höre Ihnen auch zu.

Zwischenruf StRⁱⁿ Kahr: Nicht immer.

Egger: Ich würde Sie auch bitten.

Zwischenruf StRⁱⁿ Kahr: Das wissen wir.

Egger:

..., dass wir uns im Grazer Gemeinderat damit beschäftigen mit einer Richtlinie, die zweieinhalb Jahre jetzt schon am Markt ist, die nicht nur aus dem einen Teil besteht, die besteht aus vier Teilen, wer sich das genau angeschaut hat. Die ihren Ursprung deswegen hatte, weil es um Verbraucherschutz insgesamt gegangen ist. Dann verwundert mich das ein bisschen. Aber nichtsdestotrotz, wir werden dem Abänderungsantrag zustimmen und ich würde mich freuen, wenn von der KPÖ wieder Anträge aus ihrem Zuständigkeitsbereich kommen, nämlich aus dem Verkehrsressort. Weil dann könnten wir für Graz etwas tun, Graz weiterentwickeln können und den Rest machen wir auch noch. Dankeschön (*Allgem. Appl.*).

Die Dringlichkeit des Antrages wurde einstimmig angenommen.

StRⁱⁿ Kahr:

Ich melde mich zum Inhalt gleich zu Wort und zwar warum? Erstens einmal, da waren Sie noch nicht in dem Haus, haben wir zu dem Thema und auf die Problematik, was da

auf uns zukommen könnte, hier im Gemeinderat schon dieses Thema zur Sprache gebracht und inhaltlich haben uns sehr genau damit beschäftigt, weil uns die EU in ihren Initiativen, die zum Schaden der öffentlichen Hand sind und das ist egal, ob das Bund, Land oder die Kommunen sind. Also wenn das so durchgezogen wird, ist das etwas, was uns alle nämlich betrifft, egal, welcher Bürgermeister, ob der schwarz, rot, blau, dunkelrot oder grün ist, es trifft alle und vor allem die Bevölkerung zum Nachteil. Und darum haben wir noch einmal, ist nicht das erste Mal, hier im Gemeinderat auf dieses Thema aufmerksam gemacht, damit Sie, liebe Kollegen und Kolleginnen, da auch und bitte diesen Antrag auch unterstützen und es ist egal, aber wenn der Abänderungsantrag, wir werden dem eh folgen, aber das ist ein sehr, sehr ernstes Thema und ich fürchte, und das ist eigentlich unsere Sorge, dass im Zusammenhang mit der bevorstehenden EU-Wahl das eben nicht thematisiert wird. Weil es letztendlich die gleichen Parteien sind, die im EU-Parlament sitzen, die das eigentlich schon längst hätten hintanstellen können (*Allgem. Appl.*).

Eber:

Danke, in aller Kürze: Es ist eh schon viel gesagt worden. Erstens wir werden dem Abänderungsantrag der FPÖ zustimmen. Danke auch dafür, ihr seht es als Präzisierung, soll mir recht sein. Wichtig ist, dass man eine idealerweise möglichst breite Zustimmung zu diesem Antrag dann bekommen und eben auch in den nächsten Wochen, vor allem auch noch Monaten, dies auch breiter zum Thema machen in der Öffentlichkeit. Das wäre eigentlich mein Anliegen noch. Ansonsten, wie gesagt, stimmen wir diesem Abänderungsantrag natürlich gerne zu. Danke (*Allgem. Appl.*).

Der Abänderungsantrag der FPÖ wurde einstimmig angenommen.

8.3 Graz soll aufblühen!
(GRⁱⁿ Dipl.-Museol. Braunersreuther, KPÖ)

GRⁱⁿ Braunersreuther:

Sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Zuhörerinnen, mein Antrag mag vielleicht nicht so weitreichend sein, aber enthält weniger Fremdwörter (*lacht*). Dass Blumen, wie man ja heute an diesem Sitzungssaal deutlich sieht, einen wichtigen Beitrag zum Wohlbefinden der Menschen leisten. Es blühen noch nicht so viele hier außer beim Kollegen Topf. Aber, der hat gerade gesagt, er kommt gerade von der Kur, vielleicht daher das sonnige Gemüt. Blühpflanzen haben nicht nur einen ökologischen Mehrwert, sondern leisten, wie ich das bereits zum Ausdruck gebracht habe, mit dem sonnigen Gemüt einen wichtigen Beitrag auch zur psychischen Gesundheit der Menschen. An Blumen freuen sich Leute und ich finde, das ist in einem Land, wo Depressionen eine Volkskrankheit sind, nicht zu unterschätzen. Außerdem bieten sie Nahrung für die Bienen, die einen wahnsinnigen ökologischen Nutzen haben und die besonders in der Stadt sich über die Nahrung freuen, weil es hier noch sehr viel pestizidfreie, nicht behandelte Blühpflanzen gibt. Es gibt in Graz zum Glück eh schon sehr viele Leute, die zur Verschönerung der Stadt mit Blühpflanzen beitragen. Ich möchte hier an dieser Stelle auch einen großen Dank an die Stadtgärtnerinnen und Stadtgärtner aussprechen, weil das ist eine Leistung, die glaube, viel zu wenig gewürdigt wird im Alltag, die nämlich sehr, sehr wichtig ist für uns alle (*Allgem. Appl.*). Es gibt auch schon sehr viele BewohnerInnen, die, egal ob mit Blumenkästen, Baumscheiben, Urban Gardening die Stadt verschönern. Aber da ist noch Luft nach oben und deswegen mein Vorschlag: Nachdem nämlich heuer ein Jubiläumsjahr ist, nämlich der Blumenschmuckwettbewerb „Flora/19“ feiert 60-jähriges Bestehen, also der steirische Blumenschmuckwettbewerb und feiert das in der Grazer Stadthalle. Es nehmen sehr viele Gemeinden an diesem Wettbewerb teil, ca. 38.000 werden erwartet, sind das in der Regel. Nur die Stadt Graz nimmt nicht teil und deswegen mein

dringlicher Antrag:

Dringlich deswegen, weil, wie alle wissen, Blumen müssen jetzt gesetzt werden und nicht irgendwann. Dass sich die Stadt Graz an diesem Wettbewerb beteiligt und vielleicht auch überlegt, dass man noch mehr Leute hinsichtlich dieses Wettbewerbs dazu motiviert, auch durch Unterstützung vielleicht Blühpflanzen zu setzen und so die Stadt zu verschönern und ökologisch zu verbessern (*Allgem. Appl.*).

Originaltext des dringlichen Antrages:

Blühpflanzen haben im Vergleich zu anderen Pflanzen einen Mehrwert: Sie werten Orte nicht nur ökologisch auf und leisten somit unter anderen einen wichtigen Beitrag zur physischen Gesundheit der Menschen, sondern sind auch optisch eine wahre Freude und erhöhen daher die psychische Gesundheit. Nicht zu vergessen, dass Bienen als wichtige Nützlinge sich an pestizidfreien Blühpflanzen laben.

Sowohl die StadtgärtnerInnen als auch die BewohnerInnen der Stadt Graz leisten bereits jetzt sehr viel, um die Stadt mit liebevoll gepflanzten Blumenschmuck schöner und lebenswerter zu machen.

Das gehört entsprechend gewürdigt und die Motivation für weitere BewohnerInnen der Stadt könnte noch gesteigert werden.

Denn mit „Flora|19“ feiert der Steirische Blumenschmuckwettbewerb am 5. September in der Grazer Stadthalle sein 60-jähriges Bestehen. Etwa 38.000 Teilnehmende werden erwartet, einzig die Stadt Graz beteiligt sich nicht an diesem Wettbewerb. Dabei hätte sie bereits jetzt so viel an schön bepflanzten Beeten zu bieten und könnte eventuell mit einer Förderung etwa für die Bepflanzung von Baumscheiben, Hausfassaden, Vorgärten oder Balkonen dieses Potential noch erheblich steigern. So würden Grazer Floristikunternehmen indirekt unterstützt werden und die Stadt Graz könnte als bunte Blumenstadt ein Ausrufezeichen setzen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates):

Die Stadt Graz möge am steirischen Blumenschmuckwettbewerb Flora/19 teilnehmen.

Gemeinbauer:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Besucherinnen und Besucher. Tolles Thema, liebe Frau Kollegin, passend zum heutigen Valentinstag. Dennoch sind wir kritisch bei dringlichen Anträgen und diskutieren schon, was wirklich dringlich und was nicht dringlich ist in dieser Stadt. Und von daher entscheide ich mich ganz klar, dass es hier keine Dringlichkeit gibt und das begründe ich ganz kurz: Zu einem, wie wir wissen, wenn dringliche Anträge budgetwirksam werden und dass ab einem Euro, dann ist er eigentlich nicht zulässig, aber anscheinend hat man heute eine Valentinstagamnestie gemacht. Sollte die Stadt Graz an diesem Wettbewerb teilnehmen wollen, fallen Teilnahmegebühren an. Die sind jetzt nicht horrend, gibt es gar kein Thema dazu. Aber es ist budgetwirksam und somit wäre er eigentlich nicht zulässig. Von daher freut es mich, berichten zu dürfen, ich bin ja auch in der Heimgartenkommission wie die Kolleginnen Claudia Schönbacher, die Ingrid Heuberger, die dort die Vorsitzende ist, ist bedauerlicherweise erkrankt, sonst würde sie jetzt sprechen und in der Heimgartenkommission bzw. im Vorstand der Heimgartenkommission wurde entschieden, dass fünf Heimgartenanlagen ausgewählt werden bis Ende Mai, die dann am Blumenschmuckwettbewerb teilnehmen, und die Stadt Graz wird sehr gerne diese Teilnahmebeträge übernehmen. Weiters zum Jubiläum ist Graz Gastgeber, d.h. die Veranstaltung wird in der Stadthalle stattfinden. Von daher waren die Organisationen bereits im Bürgermeisteramt und haben auch dahingehend um Unterstützung gebeten, die sie auch bekommen und von daher darf ich abschließend noch einmal sagen, ist für mich und unseren Regierungspartnern keine Dringlichkeit gegeben und wird keine Zustimmung finden. Danke (*Allgem. Appl.*).

Haßler:

Ja, der Kollege Egger ist zum Glück da. Der wird sich auch über meine Vielfalt wahrscheinlich wundern, gell? Ja, es ist bedauerlich, dass die Koalition nur Dinge als dringlich ansieht, die sie selber eben als dringlich einbringt. Es ist zwar zu begrüßen, dass fünf Heimgärten teilnehmen, aber die da länger im Gemeinderat waren, werden sich, oder sind schon, werden sich vielleicht noch erinnern: Ich war auch einmal Bezirksvorsteher und in dieser Funktion durfte ich auch Jurymitglied des Blumenschmuckwettbewerbes sein, den es damals gegeben hat und ich bin jahrelang von Eggenberg bis Straßgang durch die Bezirke gefahren und habe erlebt, mit welchem Enthusiasmus wirklich Menschen ihre Gärten, ihre privaten Gärten pflegen und sich darauf gefreut haben, dass die Kommission kommt und das Ganze ansieht. Das habe ich wirklich einige Jahre hindurch gemacht mit der Mutter des Obmannes der Steirischen Erwerbsgärtner gemeinsam. Also sie war die Expertin, ich war der Chauffeur damals, fachlich richtig auszudrücken. Aber trotzdem habe ich miterlebt, welche Freude dahinter ist und welche Tragödien sich teilweise abgespielt haben, wenn ein Gewitter war, wenn dann ein Hagel vielleicht die Blumen vernichtet hat und welche Maßnahmen gesetzt wurden, um genau diese Blumen zu erhalten. Und ich glaube, dass man auch diesen, auch wenn es nur wenige sind, auch das wenige Geld der Stadt Graz gönnen soll. Sie zahlen ja auch Steuern und deshalb sind wir als Fraktion sowohl für die Dringlichkeit als auch für das Anliegen. Danke (*Allgem. Appl.*).

Braunersreuther:

Ein kurzes Schlusswort. Nachdem ich jetzt nicht unbedingt davon ausgehe, die große Zustimmung zu finden, vielen Dank für die Unterstützung aus der Praxis. Wenn es Unterstützung für diesen Wettbewerb gibt, ist schön. Was im Bürgermeisteramt passiert, das kriegen wir ja nicht so mit. Dass Heimgärten teilnehmen, ist auch schön. Nur Heimgärten sind halt leider kein öffentlicher Raum. Im Gegenteil, wer da nicht Mitglied ist, kommt meistens nicht rein und es geht ja darum, die Stadt zu verschönern und zwar im öffentlichen Raum, sodass alle etwas davon haben. Insofern ist das, was

ich in dem Antrag fordere, mit diesen Heimgärten, mit diesen Heimgärtenteilnehmern, nicht abgeglichen. Ich hoffe trotzdem um Zustimmung (*Allgem. Appl.*).

StR Hohensinner:

Die Blumen riechen so gut, dass der Klubobmann-Stellvertreter nur nach vorne schauen kann (*lacht*).

Der dringliche Antrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ, Grüne und Neos) abgelehnt.

Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. Eustacchio übernimmt den Vorsitz (16.30 Uhr).

8.4 Modellversuch in Graz - „Deutsch als Schulsprache“ (GRⁱⁿ Mag. Schleicher, FPÖ)

GRⁱⁿ Schleicher:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, hoher Gemeinderat, werte Gäste. In meinem Antrag geht es darum, einen Modellversuch auf den Weg zu bringen und zwar Deutsch als Schulsprache. Kinder sollen darin bestärkt werden, soweit es ihnen möglich ist, in der Schule, am Pausenhof oder bei Schulveranstaltungen Deutsch zu sprechen. Der Anteil von Kindern mit nicht deutscher Muttersprache ist ja in den letzten zehn Jahren enorm angestiegen. Ergebnis einer absolut verfehlten Zuwanderungspolitik in den letzten Jahren. An Grazer Volksschulen haben wir einen Anteil von durchschnittlich 53 %, wir haben auch Schulen mit 70, 90 oder 100%-igen Anteil. Steiermarkweit beträgt der Anteil an den Volksschulen 22 % von Kindern mit nicht deutscher Muttersprache.

Das heißt, der städtische Raum ist viel stärker von dieser Entwicklung betroffen und bietet sich deshalb sehr gut als Modellregion an. Es gibt eigentlich keinen Bürgerinformationsstand von uns, wo wir nicht von betroffenen Eltern angesprochen werden, deren Kinder in Schulen im Bezirk Lend oder Gries gehen, wo der Migrationsanteil sehr hoch ist, über 70 %, und sich die Kinder dort fremd fühlen. Sie fühlen sich als Außenseiter logischerweise, weil wenn ich in der Pause die anderen Kinder nicht verstehe, am Gespräch nicht teilnehmen kann, dann fühle ich mich außen vorgelassen. Sprechen Schüler aus unterschiedlichen Sprach- und Kulturkreisen miteinander und weder die Lehrer noch die heimischen Schüler noch Kinder aus wieder anderen Kulturkreisen können den Gesprächen folgen. Dann kommt es zwangsläufig zu Gruppenbildungen. Konflikte sind vorprogrammiert. Also ein Miteinander oder Integration sieht für mich absolut anders aus. Dazu möchte ich ein Beispiel, ein Schulbeispiel, aus Deutschland anbringen, und zwar die Herbert-Hoover-Realschule in Berlin hat bereits 2005 die Auflage zum Deutschsprechen mit Zustimmung der Eltern dort, und auch die Kinder waren davon begeistert, in ihre Hausordnung aufgenommen und dafür sogar den Deutschen Nationalpreis 2006 verliehen bekommen. Und bei der Preisverleihung wurde angemerkt, Schüler, Eltern und Lehrer der Herbert-Hoover-Schule haben die Identität stiftende Wirkung der gemeinsamen Sprache erkannt. Auch in Österreich gibt es schon etliche Schulen, die die Auflage zum Deutschsprechen in der Hausordnung verankert haben, beispielsweise das Bundesrealgymnasium in Wien 7, dort steht: Die Umgangssprache ist Deutsch. Da wir eine bunte Schule sind, in der viele Kinder Deutsch nicht als ihre Muttersprache haben, sollte allen die Chance geboten werden, an Gesprächen teilzunehmen. So können wir zudem unsere Deutschkenntnisse vertiefen.

Also hier finde ich auch einen Knackpunkt für die Integration erwähnt, nämlich, dass alle Kinder die Chance haben sollten, am Gespräch teilzunehmen (*Appl.*). Ein weiteres Beispiel ist eine Handelsschule in Wien. Da steht in der Hausordnung: Innerhalb der Klassen sehen wir die kulturelle Verschiedenartigkeit unserer Schüler als Bereicherung, erwarten aber zugleich Offenheit und Bereitschaft, mit der österreichischen Kultur und den geltenden Gepflogenheiten des alltäglichen Umgangs vertraut zu werden. Wir

pflegen Deutsch als Unterrichts- und Verkehrssprache und erwarten auch, dass die Erziehungsberechtigten die Schüler dabei unterstützen.

Auch da finde ich einen wichtigen Punkt zur Integration, nämlich die Einbeziehung der Erziehungsberechtigten, bei Eltern im meisten Fall. Der oberösterreichische Landesschulratspräsident Fritz Enzenhofer aber auch seine steirische Kollegin, die Frau Elisabeth Meixner, empfehlen auch die Pausensprache Deutsch. Meixner hat dazu in einem Interview gesagt: Es geht dabei vor allem um eine Empfehlung, nach Möglichkeit Deutsch zu sprechen, und es geht auch darum, dass sich Flüchtlingskinder schnellstmöglich in deutscher Sprache verständigen können. Klar ist, dass man eine Sprache am schnellsten lernt, wenn man sie häufig spricht. Es steigt offenbar auch das Unterrichtsniveau insgesamt, wenn man den Berichten aus der deutschen Modellschule Hoover, wie man aus diesen Berichten entnimmt, und ich finde der wichtigste Punkt für mich ist eigentlich, dass das Zusammengehörigkeitsgefühl bei den Schülern und den Kindern steigt. Deshalb der

dringliche Antrag:

Stadtrat Kurt Hohensinner wird gebeten, zur Umsetzung des pädagogischen Zieles „Deutsch als Schulsprache“ drei geeignete Pflichtschulstandorte in Graz für einen im Motivenbericht skizzierten Modellversuch auszuwählen und in weitere Folge mit dem Schulforum abzustimmen.

Gleichzeitig wird die Präsidentin der Bildungsdirektion Steiermark, Frau Landesrätin Mag. Ursula Lackner, auf dem Petitionswege ersucht, im Rahmen ihrer behördlichen Zuständigkeit sowohl die nötigen Schritte zu prüfen und auch die organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen, um einen Modellversuch im Sinne des Motivenberichtes an den vom zuständigen Stadtrat Kurt Hohensinner ausgewählten Standorten einzuleiten. Soweit notwendig, wird Frau Landesrätin Mag. Lackner ersucht, auch die nötigen abstimmanden Maßnahmen mit der Landesregierung zu treffen. Dankeschön
(Allgem. Appl.)

Originaltext des dringlichen Antrages:

Allerspätestens mit der Migrationswelle der jüngeren Vergangenheit wurde vor allem der Bildungsbereich vor massive Herausforderungen gestellt. Die uns vorliegenden Zahlen von Schülern nicht deutscher Muttersprache an Grazer Pflichtschulen verdeutlichen dies eindrucksvoll. So beträgt der durchschnittliche Anteil von Kindern nicht deutscher Muttersprache an Grazer Volksschulen bereits mehr als 53 %. In Extremfällen sind es gar 100 %. An den Grazer Neuen Mittelschulen beträgt der Anteil derzeit noch 39 %, wird aber konsequenterweise stetig ansteigen. Im Vergleich zum übrigen Bundesland – hier beträgt der Durchschnitt an den Volksschulen rund 22 % – ist unsere Stadt als urbaner Ballungsraum naturgemäß wesentlich stärker von dieser Entwicklung betroffen.

An FPÖ-Bürgerinformationsständen erreichten uns im Zuge zahlreicher Gespräche mit Grazer Bürgern Berichte über die Zustände an Grazer Schulen. Daraus kann zusammengefasst werden, dass sich einheimische Kinder zunehmend unwohl fühlen und sich als Außenseiter empfinden. Dies führe teilweise sogar dazu, dass sich Kinder weigern, die Schule zu besuchen. Vor allem abseits des Regelunterrichts in Pausen und auf Schulveranstaltungen fühlen sich die Kinder als Fremde. Sprechen Schüler aus unterschiedlichen Sprach- und Kulturkreisen miteinander in verschiedenen, den Lehrern und auch den heimischen Schülern nicht verständlichen Sprachen, sind Gruppenbildungen und Konflikte vorprogrammiert. Die Verständigung der Schüler untereinander bzw. dieser mit den Lehrern wird erschwert, auch das Verständnis für kulturelle Unterschiede und Eigenheiten der verschiedenen Sprachgruppen kann kaum gewährleistet werden.

So hat die Herbert-Hoover-Realschule im Berliner Stadtteil Wedding bereits 2005 die Auflage zum Deutschsprechen mit Zustimmung der Eltern in ihre Hausordnung aufgenommen und dafür den Deutschen Nationalpreis 2006 verliehen bekommen. Die entsprechende Passage der Schulordnung lautet wie folgt: „Die Schulsprache unserer Schule ist Deutsch, die Amtssprache der Bundesrepublik Deutschland. Jeder Schüler ist

verpflichtet, sich im Geltungsbereich der Hausordnung nur in dieser Sprache zu verständigen.“ Der frühere sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf erklärte anlässlich der Preisverleihung: „Schüler, Eltern und Lehrer der Herbert-Hoover-Schule haben die Identität stiftende Wirkung der gemeinsamen Sprache erkannt, nicht auf staatliche Regulierungen gewartet und den Begriff der Nation durch ihr pragmatisches Verhalten mit Leben gefüllt.“ Dabei soll auch festgehalten werden, dass die Schüler von Anfang an mit großer Überzeugung hinter diesem Projekt gestanden sind.

Auch an einigen österreichischen Schulen ist diese Auflage bereits in den Schulordnungen festgeschrieben. So lautet die Hausordnung des Bundesrealgymnasiums Wien 7 auszugsweise: „Die Umgangssprache ist Deutsch. Da wir eine bunte Schule sind, in der viele Kinder Deutsch nicht als ihre Muttersprache haben, sollte allen die Chance geboten werden, an Gesprächen teilzunehmen. So können wir zudem unsere Deutschkenntnisse vertiefen.“

Ebenfalls hat die BHAK/BHAS Wien 10 folgende Regelung festgeschrieben: „Innerhalb der Klassen sehen wir die kulturelle Verschiedenartigkeit unserer Schüler/innen als Bereicherung, erwarten aber zugleich Offenheit und Bereitschaft, mit der österreichischen Kultur und den geltenden Gepflogenheiten des alltäglichen Umgangs vertraut zu werden. Wir pflegen Deutsch als Unterrichts- und Verkehrssprache und erwarten auch, dass die Erziehungsberechtigten die Schüler/innen dabei unterstützen.“ Die Vienna Business School in Mödling hat eine ähnliche Initiative gestartet und die Schüler darauf hingewiesen, dass „im gesamten Schulhaus (auch in den Pausen) nur die Amtssprache Deutsch eingesetzt werden darf.“

Nach dem oberösterreichischen Landesschulratspräsidenten Fritz Enzenhofer (ÖVP) hat auch seine steirische Amtskollegin Elisabeth Meixner Deutsch als Pausensprache empfohlen. Laut Meixner könnte diese Maßnahme über die Hausordnung an den Schulen eingeführt werden. In einem Interview mit der Kleinen Zeitung teilte sie wie folgt mit: „Es geht dabei vor allem um eine Empfehlung, nach Möglichkeit Deutsch zu

sprechen, und es geht auch darum, dass sich Flüchtlingskinder schnellstmöglich in deutscher Sprache verständigen können.“

Da man eine Sprache bekanntlich am besten lernt, wenn man sie spricht, wäre das pädagogische Ziel, Deutsch auch in den Pausen sowie im Rahmen von Schulveranstaltungen und schulbezogenen Veranstaltungen zu sprechen, eine geeignete Maßnahme, um Sprachdefizite von Kindern mit nicht deutscher Muttersprache entscheidend zu verbessern. Diese Maßnahme soll in weiterer Folge dazu beitragen, das Unterrichtsniveau insgesamt zu steigern, wie es auch Berichten im Zusammenhang mit der Modell-Schule in Berlin entnommen werden kann. Darüber hinaus ist die deutsche Sprache ein wesentlicher Träger unserer Kultur, unserer Werte und unserer Traditionen.

Integration von ausländischen Schülern kann nur gelingen, wenn diese auch unsere Sprache sprechen. Durch die Verwendung einer gemeinsamen Sprache im Pausenhof wird das Zusammengehörigkeitsgefühl unter den Kindern gestärkt. Auch Gruppenbildungen, die auf nationalsprachlichen Gegebenheiten fußen, kann man dadurch entgegenwirken. Wo, wenn nicht in der Schule, soll den Kindern die Grundlage für ihren späteren beruflichen Werdegang gegeben werden? Deutsch als vorherrschende Sprache unseres Landes bestimmt den beruflichen Alltag. Wer sich nicht verständigen kann, wird langfristig keinen Erfolg haben.

Aus den genannten Gründen befürwortet die FPÖ Graz die Umsetzung eines derartigen Versuchsmodells an ausgewählten Grazer Pflichtschulen. Es ergeht daher namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgender

Dringlicher Antrag

*gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz:*

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Stadtrat Kurt Hohensinner, MBA wird gebeten, zur Umsetzung des pädagogischen Zieles „Deutsch als Schulsprache“ drei geeignete Pflichtschulstandorte in Graz für einen im Motivenbericht skizzierten Modellversuch auszuwählen und in weiterer Folge mit dem Schulforum abzustimmen.

Gleichzeitig wird die Präsidentin der Bildungsdirektion Steiermark, Frau Landesrätin Mag. Ursula Lackner, auf dem Petitionswege ersucht, im Rahmen ihrer behördlichen Zuständigkeit sowohl die nötigen Schritte zu prüfen und auch die organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen, um einen Modellversuch im Sinne des Motivenberichtes an den vom zuständigen Stadtrat Kurt Hohensinner, MBA ausgewählten Standorten einzuleiten. Soweit notwendig, wird Frau Landesrätin Mag. Lackner ersucht, auch die nötigen abstimmenden Maßnahmen mit der Landesregierung zu treffen.

GRⁱⁿ Wutte:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörer und Zuhörerinnen auf der Galerie. Dank der heutigen Berichterstattung wissen wir ja schon, wie der dringliche Antrag ausgehen wird und dass auch du, Kurt Hohensinner, dieses Anliegen befürwortest. Das hat mich insofern jetzt schon sehr überrascht, als ich eigentlich bei dir immer den Eindruck hatte, dass du bei integrationspolitischen Themen Vernunft vor Populismus walten ließest in der Vergangenheit immer wieder. (Appl.) Nicht so beim Thema Deutschpflicht in der Pause oder Deutschgebot oder wie immer man das auch nennen mag. Aber im Grunde geht es darum, Kindern vorzuschreiben, welche Sprache sie auch außerhalb des Unterrichtes sprechen sollen. Und das etwas pädagogisch Unsinn ist, das brauche wir nicht einmal da diskutieren. Wir können jeden Sprachexperten, jede Sprachexpertin, jeden Pädagogen fragen. Alle werden sagen, dass es dem Spracherwerb in keinsten Weise dient und dass es außerdem verfassungsrechtlich

fragwürdig ist, steht noch einmal auf einem anderen Papier geschrieben. In Oberösterreich ist es immer wieder versucht worden, das einzuführen. Wird aber immer wieder zurückgewiesen, eben mit der Begründung, dass es ein nicht zulässiger Eingriff in die Privatsphäre ist. Deswegen verstehe ich nicht, warum wir das Thema jetzt hier in der Form wieder haben. Und ich möchte wirklich nicht die Augen verschließen vor den Problemen, die es an Schulen gibt. Es gibt Probleme an Schulen und ja, es sind auch Sprachprobleme. Nur mit so einer Pflicht oder so einem Gebot werden wir diese Probleme nicht lösen, ganz andere Dinge müssten wir angehen. Und es ist überhaupt nicht einzusehen, warum die Mittel für Integration an Schulen so stark gekürzt wurden, weil das wäre wohl das, was sinnvoll gewesen wäre (*Appl.*). Und noch etwas möchte ich sagen: Wenn es Probleme in den Pausen gibt, eben weil z. Bsp. ein Kind sich ausgeschlossen fühlt in einer Situation, weil es eine Sprache nicht versteht, dann kann man das nicht von oben herab durch eine Sprachregelung lösen. Sondern, es ist etwas, was man gemeinsam mit den Kindern besprechen muss. Gleich wie Mobbing nicht von oben herab durch ein Gesetz sozusagen beendet werden kann, sondern du musst einfach gemeinsam mit den Kindern dich zusammensetzen und Regelungen für einen Umgang miteinander schaffen und das ist, denke ich, ein vernünftiger Weg, mit solchen Themen umzugehen. Und etwas möchte ich abschließend erzählen: Nämlich etwas, was mich sehr betroffen macht an dem Thema ist, dass es mich an die Geschichte meiner Oma erinnert. Ich bin ja, wie die meisten von euch vielleicht nicht wissen, weil man es nicht mehr so hört, ursprünglich aus Kärnten. Und meine Oma ist auch Kärntnerin (*lacht*) und ist noch damals in der Zeit des Nationalsozialismus auch in die Schule gegangen in Kärnten und die Muttersprache meiner Oma ist slowenisch. Damals unter dem Nationalsozialismus gab es eben auch die Pflicht, Deutsch zu sprechen in der Schule. Und ich möchte euch was sagen: Meine Oma hat ihren Kindern slowenisch nicht beigebracht, wir alle können kein Slowenisch mehr, weil meine Oma ihr ganzes Leben lang sich dafür geschämt hat, slowenisch zu sprechen. Und wenn du sie fragst, sie gibt es nicht einmal zu, dass sie eigentlich slowenisch kann. Weil das so tief in ihr drinnen ist, die Scham für ihre Muttersprache,

und ist das nicht traurig? Wollt ihr wirklich eine Generation von Kindern heranziehen, die sich für ihre Identität und ihre Muttersprache schämen? Danke (*Allgem. Appl.*).

GRⁱⁿ Marak-Fischer:

Geschätzter Herr Vorsitzender, liebe Kollegen und Kolleginnen, sehr geehrte Damen und Herren auf der Tribüne. Ich kann meiner Vorrednerin mich erstens einmal nur vollinhaltlich anschließen und zweitens, sollte dieser Antrag heute eine Mehrheit finden, ich kann mir auch schon vorstellen, welche Mehrheit, eine Mehrheit der Koalition, dann kann man der FPÖ heute nur wirklich mehrfach gratulieren. Es gelingt euch heute durchaus gut, euren Koalitionspartner (*lacht*) offensichtlich sehr stark zu überzeugen und eure Linie ordentlich durchzusetzen, muss man echt sagen. Hut ab, Gratulation für euch, für die FPÖ. An die ÖVP kann ich nur auch wiederholt appellieren, seltsam. Ich denke, ihr habt euch auch gut beschäftigt mit dem Thema Integration, vor allem, Kurt Hohensinner, von dir sind immer sehr, sehr vernünftige und gute Maßnahmen gekommen und ich hatte den Eindruck, dass du dich wirklich damit beschäftigst und hier das Beste für die Kinder möchtest und mit diesem Antrag aus meiner Sicht ist das sicherlich nicht gewährleistet. Denn du weißt genauso gut wie wir, dass Integration nicht verordnet werden kann. Dass Integration nicht über verpflichtende Sprache laufen kann, sondern dass dazu sehr viel mehr gehört. Und in erster Linie gehört da eine wertschätzende Begegnung. Es gehört ein gutes Beherrschen der eigenen Muttersprache dazu und es gehört ein Gefühl dazu, dass man willkommen ist, dass man in einer Gruppe gewollt ist. Und wenn ich jetzt als Pädagogin mir vorstelle, wie ich zu einer Gruppe von Kindern gehe und sage, hört auf, miteinander zu reden und stellt euch lieber mit den paar Brocken Deutsch, obwohl ihr es beide noch nicht richtig könnt, dann ist es ganz sicher keine Übung, sondern ist es etwas, womit man Kinder zum Verstummen bringt. Und ich glaube nicht, dass das unser Ziel ist (*Allgem. Appl.*). Ich glaube, wir bringen damit Kinder zum Verstummen und wir werden sie sicher nicht ihrer Integration fördern und auch nicht in ihrem Integrationswillen unterstützen. Denn ich kann mir vorstellen, dass die einen oder

anderen mit Verstummen reagieren und andere wiederum mit Protest und mit jetzt erst recht. Und auch aus Lehrer- und Lehrerinnenperspektive ist es unzumutbar, dass sie neben ihren vielen Aufgaben jetzt auch noch eine Sprachkontrolle im Pausenhof durchführen müssen, um darauf zu achten, ob nur ja nicht die falsche Sprache gesprochen wird. Und wie machen wir das den an der GIBS? Ist da Englisch auch die falsche Sprache? Das ist nämlich die Muttersprache und es ist nicht Deutsch im Übrigen (*Allgem. Appl.*). Oder, gibt es gute Muttersprachen und weniger gute Muttersprachen, wie genau wollt ihr das ausführen? Aus meiner Sicht ein unsinniger Antrag und wir werden diesem Antrag auch ganz sicher nicht zustimmen (*Allgem. Appl.*).

StR Hohensinner:

Also danke für diese durchaus angeregte Diskussion. Dass wir einen Bedarf haben an Förderung an unseren Pflichtschulen, ich glaube, das wird niemand abstreiten. Wir haben jetzt ca. 25 % der Kinder, die einen Sprachförderbedarf haben, um die 50 % der Kinder sind zugezogen bzw. die Eltern sind zugezogen. Wir haben deshalb auch ein großes Paket hier zusammengestellt. Wir haben, im Gegensatz zu anderen Gebietskörperschaften, da möchte ich aber jetzt nicht nur den Bund in die Ziehung bringen, sondern auch das Land, wir haben unsere Integrationsmittel im Bildungsbereich verstärkt, nämlich um 200.000 Euro, das wisst ihr. Das haben wir damals mit der Flüchtlingswelle gemacht und ich habe das Gott sei Dank über die Budgetverhandlungen auch sicherstellen können. Wir schauen, dass wir gerade schon vor der Schule investieren. Ich rede immer, wenn ich in einer Kinderbetreuungseinrichtung bin, die Leiterin an, ob sie mir Kinder vorstellen kann, die erst vor ein paar Monaten quasi zugezogen sind und wenn man da dann mit den Kindern versucht, in das Gespräch zu kommen, merkt man, dass hier jeder Euro extrem gut investiert ist. Das Gleiche betrifft auch die Sprachfördermaßnahmen in Volksschulen und in Neuen Mittelschulen, wir haben die Ganztagesbetreuung. Da schauen wir, dass wir den Kindern, die zugezogen sind bzw. auch die Mindestsicherungsbezieher, dass man da

Möglichkeiten finden, dass sie auch keinen Essensbeitrag leisten müssen, weil daran scheitert es oft, dass größere Familien sagen, ja die Schwester kocht eh zuhause und deswegen schicken die Eltern das Kind dann nicht in die Ganztagesbetreuung. Gerade die Ganztagesbetreuung hat hier irrsinnig gute Möglichkeiten anzusetzen. Wir haben die Deutschförderklassen, die ich begrüße. Die Umsetzung ist vielleicht nicht so optimal gelaufen, wie ich mir das vorgestellt hätte. Aber wir müssen dieses Konzept auch forcieren. Die Online-Anmeldung versucht auch dort, wo es geht, eine Aufteilung zusammenzubringen. Wir wissen alle, eine Aufteilung auf das ganze Stadtgebiet wird so nicht möglich sein.

Ich komme jetzt zu dem dringlichen Antrag. Der ist zu begrüßen und diese Argumente, die ihr gebracht habt, da muss ich wirklich glauben, ihr habt den dringlichen Antrag nicht gelesen. Ihr werft uns vor, dass wir hier verpflichten wollen, von oben herab verordnen möchten? Das stimmt nicht. Wenn ihr den dringlichen Antrag gelesen hättet, dann hättet ihr gelesen, dass wir erst recht nicht von oben runter verordnen wollen. Wir sagen, wenn sich Schulen freiwillig melden, wo das Schulforum sagt, nämlich Eltern und Lehrer, das ist zu begrüßen, dann soll das als pädagogisches Ziel umgesetzt werden und nicht als Pflicht. Und, Frau Kollegin Marak-Fischer, ich glaube, du schätzt auch das Oeversee-Gymnasium. Dieses Gymnasium wird sehr oft als Beispiel gebracht von den SPÖ-Bildungspolitikern, dass es dort wirklich super abgeht, dass da eine super Pädagogik geleistet wird. Ich kann das nur unterstreichen. Aber ich habe mir dort die Hausordnung ausgedruckt. Das betrifft jetzt ein Gymnasium. Wir haben einen Fall in Graz, wo eben unter Punkt 4 folgender Satz steht: Viele von uns sind mehrsprachig. Damit wir einander nicht ausgrenzen, sprechen wir Deutsch miteinander.

Das ist die Verhaltensvereinbarung des Oeversee-Gymnasiums (*Allgem. Appl.*). Und nichts anderes wollen wir. Wir möchten, dass Schulen von sich aus sagen...

Zwischenruf GR Haßler: Dazu brauchen wir keinen Antrag!

Laute und undeutliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderatssaales.

StR Hohensinner:

...das werden wir auch machen, wenn eure Landesrätin ...

*Bgm.-Stv. **Eustacchio:***

Bitte zu Wort melden in weitere Folge und keine Zwischenrufe. Danke.

StR Hohensinner:

... eure Landesrätin das nicht möchte, werden wir das selbst in die Hand nehmen, das ist der Plan B. Aber Entschuldigung, wenn eine Selbstverpflichtung auferlegt wird von Eltern und von Lehrern, weil sie sagen, es macht Sinn, wenn die Kinder möglichst viel Deutsch sprechen und Kinder werden nicht ausgrenzt, wenn von verschiedenen Nationen Kinder in einer Runde stehen, dann macht das Sinn und bitte unterstellt uns nicht immer, dass wir verpflichten wollen, dass wir schwarze Pädagogik da vollziehen möchten. Das ist Unsinn. Bitte lest den Antrag, das ist sinnvoll und das werden wir jetzt beschließen und wir werden schauen, ob sich eine Schule meldet. Ein paar Schulen könnten sich das gut vorstellen und dann werden wir das umsetzen. Danke vielmals (*Allgem. Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ) angenommen.

GRⁱⁿ Potzinger:

Kurze Anmerkung zur Ansage von der Kollegin Marak-Fischer bezüglich GIBS und Englisch. Englisch ist jetzt die Lingua franca in Europa. Es ist absolut sinnvoll, in einer

gemeinsamen Sprache zu sprechen. Ich bin alle paar Wochen auf europäischer Ebene unterwegs und da redet der Slowake, der Bulgare, der Ire, der Grieche und der Franzose miteinander englisch. Und auch im informellen Teil der Networking-Termine bemüht sich jeder, der eine andere Muttersprache hat, Englisch zu reden, um miteinander kommunizieren zu können. Und das wird früh eingeübt, bei uns ist die Lingua franca in Graz, deutsch, dass ist das was alle lernen. Aber wir wissen schon von der Sprachwissenschaft, dass die Beherrschung der Erstsprache wesentlich ist, um dann auch die Landessprache zu lernen. Deshalb danke vor allem an den Herrn Stadtrat Kurt Hohensinner. Er war österreichweit der Erste, der mit Integrationsassistenten im Kindergarten mit Native Speakern die Kinder gefördert hat in der Erstsprache und darauf aufbauend schauen wir, dass alle gut Deutsch können und dann auch gern miteinander kommunizieren. Das ist der Sinn dieses Antrages (*Allgem. Appl.*).

GRⁱⁿ Ribo:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Gäste. Ich habe ein bisschen überlegt, überhaupt, ob ich mich zu dem Thema zu Wort melde, weil ich ja natürlich doch aus eigener Erfahrung da auch einiges berichten kann. Ich bin ja mit elf Jahren nach Österreich ausgewandert und konnte damals kein Wort Deutsch und habe das hier sehr schnell dann auch gelernt. Und soweit ich mich erinnern kann, wurde ich immer in Deutsch unterrichtet. Also Deutsch als Schulsprache ist, glaube ich, noch immer gleich, weil so lautet der Titel des Antrages und auch mein Sohn, der zwölf Jahre ist, geht hier in die Schule und der wird auch in Deutsch unterrichtet. Ja, es gibt ein paar Schulen, Krones wurde schon genannt, glaube ich, GIBS und/oder die Volksschule Geidorf, da wird es eben anders handgehabt, aber natürlich, da wissen die Eltern Bescheid. Aber, ich glaube, wir müssen den Kindern vielmehr zutrauen. Kinder sind unglaublich, also Kinder lernen eine Sprache so schnell, das glaubt man nicht. Also meine beiden Kinder sind zweisprachig aufgewachsen und ich habe immer versucht, und das ist etwas, was ich hier vermisste, dass man den Kindern einfach sie in ihrer Selbstsicherheit stärkt und

ihnen eher als etwas Positives weitergibt, dass sie eine weitere Sprache sprechen. Weil das ist eben etwas, was wirklich an Vielfalt, was unsere Gesellschaft bereichert. Das heißt, man wird nicht ausgegrenzt, weil man nur eine zweite Sprache kennt, sondern es ist etwas Gutes, weil man noch eine zweite, dritte, vierte Sprache spricht. Und, liebe Astrid, zu deinen Argumenten, die Kinder werden den Gesprächen nicht folgen können, glaube mir, ein bosnisches Kind und ein rumänisches Kind diese unterhalten sich auf Deutsch, also auch in der Pause (*Allgem. Appl.*). Also ich habe da wirklich wenig Sorge, dass die Kinder den Gesprächen voneinander nicht folgen können, weil, wie gesagt, Kinder sind flexibel, weil wenn ich jetzt an meinen Dreijährigen denke, er hat bis vor einem halben Jahr gar nicht geredet und hat sich trotzdem mit anderen Kindern unterhalten können und hat mit ihnen spielen können. Das heißt, es liegt am Willen. Und, Kurt, dir kann ich das auch, also Bedarf an Förderung ja, aber ich finde, Kurt ist leider jetzt nicht mehr da, Deutschklassen sind sicher der falsche Weg. Weil ich wurde nie aus meiner Klasse ausgenommen. Ich durfte immer im Unterricht teilnehmen und habe es auch geschafft, Deutsch zu lernen. Und ich glaube, wir müssen mehr, mehr den Kindern zutrauen, ihnen mehr Freiheiten geben, also die Kinder eher in dem fördern. Lassen wir sie einfach so, wie sie sind. Sie sollen in ihrer Pause reden, wie sie wollen, weil untereinander reden die meisten Kinder Deutsch. Sogar Geschwisterkinder aus anderen Ländern reden untereinander Deutsch. Also ich erzähle da wirklich aus Erfahrungen, weil ich kenne ganz, ganz viele Kinder mit Migrationshintergrund und ab irgendeinem Alter ist es einfach so, dass man es auf Deutsch umswitcht und es bleibt so. Aber man darf es nicht als etwas Negatives sehen, dass man seine Muttersprache auch noch dazu kann (*Allgem. Appl.*).

GR Ehmann:

Herr Vorsitzender, geschätzte KollegInnen im Stadtsenat, Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, meine Damen und Herren auf der Tribüne. Es wurde angesprochen, die Landesrätin Lackner lehnt dieses Unterfangen oder diese Intention ab, zu Recht. Wir haben schon viele Ausführungen, viele Argumentarien darüber gehört. Interessant ist

nur, wenn ihr euch da herstellt und dann die Ebenen strapaziert, weil vielleicht wisst ihr selber nicht, dass euer Bundesminister Faßmann das auch ablehnt. Also ich würde mir einmal vorher Gedanken machen, wie man argumentiert, bevor man sich da herstellt. Also Faßmann lehnt das klar ab zum einen, aber zum anderen vielleicht denkt man einmal darüber nach, abgesehen davon, dass Kinder nicht deutscher Muttersprache nicht bedeutet, dass die Kinder nicht Deutsch können, sondern das heißt nur, dass die Mutter nicht Deutsch als Muttersprache hat. Ich hoffe, dass wir uns auf diese Definition einmal einigen können. Das heißt noch lange nicht, dass die Kinder es nicht können. Abgesehen davon kann ich nur ein Beispiel aus dem persönlichen Bereich erzählen. Meine Frau ist selbst mit drei Jahren aus Polen gekommen, ihre ältere Schwester auch. Zu Hause beispielsweise wurde nicht Deutsch gesprochen, sondern wurden sie in ihrer Muttersprache unterrichtet, erzogen etc. Warum? Weil die Eltern, die Schwiegereltern leider sind sie schon verstorben, damals gesagt haben, naja ich kann dann nicht Deutsch lernen, weil ich spreche gebrochen Deutsch. Wenn ich dir Deutsch lernen würde, würde ich es dir falsch lernen. Und daher ist es heute so, dass meine Frau und auch ihre ältere Schwester, die ja da ist, perfekt ihre Muttersprache beherrscht, in Wort und Schrift, aber natürlich auch Deutsch, und dass nicht einmal merkbar ist, dass sie nicht hier geboren ist. Also das nur als Beispiel und jetzt komme ich aber zu einem Beispiel wegen der Schulen. Zur damaligen Zeit war es natürlich so, dass teilweise oder in einigen Bereichen der Schulen die Anteile von Kindern, die schlecht Deutsch gesprochen oder nicht Deutsch gesprochen haben, noch nicht so hoch waren wie heute. Das sehe ich schon auch ganz klar. Aber vielleicht denkt man einmal anders darüber nach, wie man diesen Zugang, nämlich, vielleicht liegt es auch in einer verfehlten Wohnpolitik. Warum? Wir haben einen gemeinsamen Schulsprengel (*Allgem. Appl.*) in Graz. Kinder gehen in ihrem Wohnort in die nächste Schule, logischerweise, und vielleicht sollte man darüber nachdenken, ob die Stadt Graz im Eigenbau oder auch im Übertragungsbau auch in atypischen Wohngegenden hingeht, also nicht nur im Westen von Lend und Gries und was auch immer, vielleicht gibt es auch in Waltendorf Möglichkeiten oder in Mariatrost oder wo auch immer, aber es sollte die Verteilung auf die Stadt besser funktionieren, dann würde sich das

automatisch entschärfen dieser Bereich und diese Problematik, die von euch hier angesprochen ist. Das wollte ich nur noch einmal zusätzlich ergänzen. Danke (*Allgem. Appl.*).

GRⁱⁿ Schleicher:

Danke, wieder einmal sieht man, dass man über gewisse Themen einfach nicht sachlich sprechen kann. Und das ist ein Hauptproblem bei uns im Land, dass dann die wichtigen Themen einfach nicht sachlich angegangen werden können. Zum Klubobmann Ehmann möchte ich sagen, dass das mit der Wohnproblematik sicher eine Facette der Problematik ist. Aber, wenn man sich anschaut, dass der Anteil von Kindern mit nicht deutscher Muttersprache 53 % betrifft, und das ist ja der Durchschnitt von allen Grazer Volksschulen, wären trotzdem schon mehr als die Hälfte der Kinder, die Deutsch nicht als Muttersprache hätten. Das heißt, das Problem hätte sich dadurch nicht gelöst. Zur Kollegin Ribo möchte ich nur sagen. Ihr seid's populistisch. Weil es ist leider nicht so, dass es ein rumänisches Kind ist, das sich mit einem bosnischen Kind unterhält. Ja da sind zehn bosnische und zehn rumänische und fünf österreichische in einer Klasse und es ist ja klar, dass sich dann Gruppen bilden. Und in dieser Gruppenbildung, da kommt es zu keinem Miteinander und zu keiner Integration.

Undeutlicher Zwischenruf aus den Reihen des Gemeinderatssaales.

Schleicher:

Ja, aber die verstehen sich in der Regel untereinander. Aber ich nehme zur Kenntnis, dass wir in zwei unterschiedlichen Welten leben (*Appl.*). Ich möchte nur noch klarstellen, dass es absolut ein juristisches Gutachten dazu gibt von zwei Verfassungsexperten, die der Meinung sind, dass Deutsch als Schulsprache, das heißt am Pausenhof oder bei Schulveranstaltungen, verfassungskonform wäre. Und was ich

wirklich sehr traurig finde, dass in einer Tour gewisse geschichtliche Abschnitte missbraucht werden. Ich beantrage einen Antrag, wo es um einen Modellversuch geht, eine mögliche Integrationsmaßnahme, um es den Kindern leichter zu machen in der Schule und ihr kommt wieder zum Nationalsozialismus. Das ist ja schon lächerlich.

Undeutlicher Zwischenruf aus den Reihen des Gemeinderatssaales.

Schleicher:

Genau. Also es werden da Sachen unterstellt, die möchte ich auf das Schärfste zurückweisen. Ich möchte mich allerdings beim Bildungsstadtrat Hohensinner bedanken, dass er diesen Antrag und damit einen Modellversuch unterstützt. Danke (*Allgem. Appl.*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ, Neos) angenommen.

8.5 Sicherung Finanzierung Stadtteilzentren (GRⁱⁿ Ribo, Grüne)

GRⁱⁿ Ribo:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Gäste. In meinem heutigen dringlichen Antrag geht es um die Sicherung der Finanzierung der Stadtteilzentren. Seit einigen Jahren nimmt die Stadt Graz Mittel in die Hand, um Stadtteilarbeit zu finanzieren und zu ermöglichen. Im Oktober 2015 gab sich die Stadt Graz per einstimmigem, und ich wiederhole noch einmal, einstimmigem Gemeinderatsbeschluss ein eigenes Leitbild für Stadtteilzentren. Ich habe es hier in der Hand, ist natürlich auch auf der Homepage der

Stadt Graz nachzulesen. Nach einigen Jahren ist es gelungen, die Stadtteilarbeit auch in Graz zu verankern. In mehreren Bezirken gibt es mittlerweile Stadtteilzentren, die durchaus verschiedene Angebote und unterschiedliche Schwerpunkte anbieten. Aber eines haben sie gemeinsam, dass sie eine breite Palette an Angeboten haben. Von den Beratungen bis Sportaktivitäten, Nachhilfeunterricht für Kinder, dann Kulturveranstaltungen, Mittagstisch, gemeinsames Gärtnern und, und, und. Also die Liste ist wirklich sehr lang. Die Stadtteilzentren verstehen sich auch als Treffpunkt, um gemeinsam Ideen für den Stadtteil oder die Nachbarschaft umzusetzen und sind darauf ausgerichtet, BewohnerInnen einzubeziehen, zu aktivieren und ein nachbarschaftliches Engagement füreinander zu fördern. Stadtteilarbeit stärkt damit den Zusammenhalt, vermindert Konflikte und Eskalationen und trägt dazu bei, dass sich Menschen in ihrem unmittelbaren Wohnumfeld zu Hause fühlen. Die Stadtteilarbeit ist damit auch natürlich Präventionsarbeit im besten Sinne des Wortes. Für einige Unruhe hat dann die letzte Stadtsenatssitzung am Freitag gesorgt. Letzten Freitag da haben Sie, Herr Vizebürgermeister Eustacchio, eine drastische Kürzung der Mittel für die Stadtteilarbeit angekündigt. Drei Stadtteilzentren namentlich genannt, das Stadtteilzentrum Triester, das SMZ-Jakomini sowie das Floßlend sollen künftig nur mehr die Hälfte der ursprünglichen Fördersummen erhalten. Eine so drastische Kürzung bedeutet natürlich oder eventuell auch das Aus für die betroffenen Stadtteilzentren und deren Angebote. Warum diese Kürzungen überhaupt erfolgen und nach welchen Kriterien gekürzt werden soll, haben Sie uns noch nicht erzählt. Auch, was anstelle der Angebote treten soll. Heute haben wir es in der Fragestunde ein bisschen rausgehört, dass es da ein neues Konzept geben sollte oder soll oder wird sogar. Und um das alles zu verhindern, dass Strukturen, die über Jahre hinweg aufgebaut wurden, die über Jahre hinweg auch mit Engagement, ehrenamtlich im Engagement aufgebaut wurden, um das eben zu verhindern, dass da Kürzungen eintreten, stelle ich den

dringlichen Antrag:

1. Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich zu einer professionellen Stadtteilarbeit im Sinne des Leitbildes für Stadtteilarbeit, das 2015 im Gemeinderat beschlossen wurde.
2. Im Sinne des Beschlusspunktes 1 wird Vizebürgermeister Eustacchio ersucht, die angekündigten Kürzungen bei den genannten Stadtteilzentren zurückzunehmen und im Rahmen der verfügbaren budgetären Mittel für Stadtteilzentren diese so zu gestalten, dass eine Weiterarbeit in der bisherigen Form gesichert ist.

Ich bitte um Annahme (*Allgem. Appl.*).

Originaltext des dringlichen Antrages:

Seit einigen Jahren nimmt die Stadt Graz Mittel in die Hand, um Stadtteilarbeit zu finanzieren und zu ermöglichen. Im Oktober 2015 gab sich die Stadt Graz per einstimmigem Gemeinderatsbeschluss ein eigenes Leitbild für Stadtteilarbeit. Mit diesem Leitbild wurden die Ziele, die Prinzipien und die Leistungen, die Stadtteilarbeit erbringt, definiert.

„Durch die Vernetzung vorhandener Ressourcen der Menschen vor Ort, von Verwaltung, Politik und den lokalen AkteurInnen und die Schaffung von Begegnungs- und Gestaltungsräumen, wie sie im Rahmen einer Stadtteilarbeit vorgesehen sind, können Eskalationen im Zusammenleben von vornherein vermieden bzw. einer konstruktiven Lösung zugeführt werden.“

(aus dem Leitbild Stadtteilarbeit in Graz S. 2)

Nach einigen Jahren ist es gelungen, die Stadtteilarbeit auch in Graz zu verankern. In mehreren Bezirken gibt es mittlerweile Stadtteilzentren mit durchaus unterschiedlichen Schwerpunkten, NutzerInnen und Aktivitäten. Allen ist gemeinsam, dass sie eine breite Palette an Angeboten haben. Von der Beratung bis zu Sportaktivitäten, von Kulturveranstaltungen bis zum Mittagstisch, von der Nachhilfe für Kinder bis zum gemeinsamen Gärtnern, von Fahrradtouren bis zur Ausstellung reichen die vielfältigen Angebote und Aktivitäten. Die Stadtteilzentren verstehen sich auch als Treffpunkt, um

gemeinsam Ideen für den Stadtteil oder die Nachbarschaft umzusetzen und sind darauf ausgerichtet, BewohnerInnen einbeziehen, zu aktivieren und ein nachbarschaftliches Engagement füreinander zu fördern.

Stadtteilarbeit stärkt damit den Zusammenhalt, vermindert Konflikte und Eskalationen und trägt dazu bei, dass sich Menschen in ihrem unmittelbaren Wohnumfeld zu Hause und auch sicher fühlen. Stadtteilarbeit ist damit Präventionsarbeit im besten Sinne des Wortes.

In der Stadtsenatssitzung am Freitag kündigte Vizebürgermeister Mario Eustacchio eine drastische Kürzung der Mittel für die Stadtteilarbeit an. Drei Stadtteilzentren, namentlich das Stadtteilzentrum Triester, das SMZ-Stadtteilzentrum Jakomini sowie das NaNet Floßlend sollen künftig nur mehr die Hälfte der ursprünglichen Fördersumme erhalten. Eine so drastische Kürzung bedeutet wohl das Aus für die betroffenen Stadtteilzentren und deren Angebote, die über die Jahre entwickelt und aufgebaut wurden. Aber auch andere Einrichtungen wie die Grätzelinitiative Margaretenbad wissen nicht, ob sie ihre Arbeit ab Juli 2019 weiterführen werden können.

Warum diese Kürzungen überhaupt erfolgen und nach welchen Kriterien gekürzt wird, ließ Vizebürgermeister Eustacchio im Unklaren. Auch was anstelle der Angebote treten soll und wie BezirksrätInnen professionelle Stadtteilarbeit anbieten sollen und können, auch dazu gibt es keine Information.

Um zu verhindern, dass Strukturen und Netzwerke zerstört werden, die mit viel Engagement über die Jahre aufgebaut wurden, stelle ich folgenden

dringlichen Antrag:

- 1. Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich zu einer professionellen Stadtteilarbeit im Sinne des Leitbildes für Stadtteilarbeit, das 2015 im Gemeinderat beschlossen wurde.*

2. *Im Sinne des Beschlusspunktes 1 wird Vizebürgermeister Eustacchio ersucht, die angekündigten Kürzungen bei den genannten Stadtteilzentren zurückzunehmen und im Rahmen der verfügbaren budgetären Mittel für Stadtteilzentren diese so auszustatten, dass eine Weiterarbeit in der bisherigen Form gesichert ist.*

Bgm.-Stv. **Eustacchio:**

Ich darf die Anwesenden ersuchen, vielleicht ihre KollegInnen und Kollegen wieder in den Gemeinderatssaal zu holen. Wir haben schließlich eine Gemeinderatssitzung.

Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderatssaales.

Bgm.-Stv. **Eustacchio:**

Es geht darum, in weiterer Folge auch Abstimmungen zusammenzubringen, wenn die gesamte Riege der Stadtreger nicht da sind, so hindert das nicht an der Abstimmung, sehr wohl, aber wenn Gemeinderäte nicht vor Ort sind.

*Zwischenruf GRⁱⁿ **Robosch**: Wo sind denn die ÖVP-GemeinderätInnen?*

*Zwischenruf GR **Luttenberger**: Sind alle draußen.*

Bgm.-Stv. **Eustacchio:**

Sie sind jetzt nicht am Wort. Wir reden über die Dringlichkeit und wer möchte zum Thema Dringlichkeit das Wort?

GR Alic:

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, geschätzter Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste. Nachdem ich das in der Fragestunde zum Thema gehabt habe, möchte ich mich noch einmal kurz melden. Einerseits, um mich für die schnelle Beantwortung bei Ihnen und Ihrem Büro zu bedanken. Ich habe es schon schriftlich da und andererseits, um noch einmal zu betonen, wie wichtig, also nicht nur mein Eindruck, wie wichtig die Arbeit ist, die dort geleistet wird, nämlich auch im Sinne der Sicherheit und für gedeihvolles Miteinander, was dort geschieht. Und darum erkenne ich die Dringlichkeit, die Leute müssen ja wirtschaften, also die Vereine und die Zentren, die Stadtteilzentren und deswegen wird die KPÖ dem Antrag zustimmen. Danke (*Allgem. Appl.*).

GR Mogel:

Liebe Gäste, Frau Gemeinderat, Stadtsenat, Herr Vizebürgermeister. Wie du, Herr Vizebürgermeister, bereits in der Fragestunde ausgeführt hast und wie auch ein dringlicher Antrag vom 18.10.2018 von der KPÖ gefordert hat, ist ein Konzept ...

Lautes Durcheinanderreden im Gemeinderatssaal (Allgem. Appl.), Bgm.-Stv. Eustacchio betätigt die Ordnungsglocke.

Mogel:

Danke, danke, das wird mir gelten der Applaus, hoffe ich, oder (*lacht*)? Aber ganz kurz noch einmal: Also wie der Herr Vizebürgermeister heute schon in der Fragestunde ausgeführt hat und wie ein dringlicher Antrag von der KPÖ vom 18.10.2018 gefordert hat, ist eine Konzeptanpassung zum Thema Stadtteilarbeit und Stadtteilzentrum in Ausarbeitung und es ist sehr zeitnah in der Fertigstellung und wird dann auch dem

Gemeinderat und den Stadtteilzentren berichtet werden. Leitsatz wird bleiben, selbstverständlich, die Stadtteilarbeit ist ein wesentlicher Bestandteil der Gemeinwesenarbeit und fördert ein gutes Zusammenleben im städtischen Wohnbau. Wie gefordert, der Fokus wird weiterhin auf der Professionalität der Arbeit liegen, aber, und das ist ein wesentlicher Punkt, der neu dazukommt, es sollen die Bezirksräte als wesentliche Schnittstelle zu den Bürgern intensiver eingebunden werden. Und das ist auch ein wesentlicher Teil, warum hier auch eine Gesamtkonzeptänderung vonnöten ist. Die Gesamtfördersumme, die eines der großen Fragezeichen in deinem Antrag war, die Gesamtfördersumme wird sich nicht ändern, wird nicht gekürzt werden. Und auch bei den Nachbarschaftszentren, wie in deinem Antrag drinnen steht, ändert sich grundsätzlich auch nichts. Insgesamt wird die gleiche Förderung ausbezahlt. Es wird nur das Konzept ein wenig abgeändert und das wird in den nächsten Wochen genau dargelegt, so dass auch die Stadtteilzentren genau damit arbeiten können. Warum jetzt eine Kürzung da ist, das ist jetzt einfach nur die Auszahlung für das erste halbe Jahr. Ab dann soll das neue Konzept greifen, so es der Gemeinderat in der Form auch zulässt. Daher ist für uns dieser Antrag in der Form nicht dringlich, weil in ungefähr in zwei, drei, vier Wochen, relativ zeitnah, sehr zeitnah das neue Konzept vorgestellt wird. Danke (*Allgem. Appl.*).

Ribo:

Ich verstehe jetzt auch, wie es den Stadtteilzentren geht. Weil ich bin jetzt auch etwas verwirrt und verunsichert, weil die Wortmeldung vom Kollegen Mogel jetzt einige Fragen wieder aufgeworfen hat. Das heißt, es gibt keine Kürzungen für Stadtteilzentren?

Zwischenruf Bgm.-Stv. Eustachio: Stadtteilzentren?

Ribo:

Ich rede hier von Stadtteilzentren.

*Zwischenruf Bgm.-Stv. **Eustacchio**: Stadtteilzentren haben die Hälfte im ersten halben Jahr zu bekommen, im nächsten nicht mehr so viel.*

Ribo:

Das heißt, danach ab 1.7. bekommen diese Stadtteilzentren nichts mehr?

*Zwischenruf GR **Eustacchio**: Nicht mehr den gleichen Betrag.*

Ribo:

Nicht mehr den gleichen Betrag. Es könnte auch sein, dass sie gar nichts bekommen. So viel eben zur Verwirrtheit und was auch immer ist. Also normalerweise würde ich es eher so machen, dass man zuerst mit den Leuten redet, auch dieses Konzept zuerst den Menschen, die dort sehr viel gute Arbeit leisten, vorstellt, das mit ihnen eventuell abstimmt und Verbesserungen ausarbeitet und dann eben an die Öffentlichkeit oder wo auch immer geht. Aber das ist wirklich eindeutig der falsche Weg. Man verunsichert die Menschen, man lässt sie zittern, die wissen nicht, wie es weitergeht, zum Teil werden sie jetzt für das erste halbe Jahr die Miete zahlen können und dann nicht mehr, aber bitte, das ist der Weg. Und auch zu der Wortmeldung Bezirksräte. Das haben wir jetzt öfters gehört. Bezirksräte sind von den Grazerinnen und Grazern gewählt worden, um eben sie im Bezirksrat zu vertreten. Bezirksräte sind natürlich auch parteipolitisch dort an ihren Plätzen, wo sie dann sind und du hast, Kollege Mogel, hast du gesagt, weiterhin wird der Fokus auf die Professionalität gesetzt. Aber Professionalität und Bezirksräte das passt für mich nicht, weil Sozialarbeit kann nicht ...

Undeutliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.

Ribo:

von den Betriebsräten kommen. Also professionelle Stadtteilarbeit oder professionelle Sozialarbeit kann nicht von den Betriebsräten gemacht werden oder Bezirksräten, Entschuldigung, Bezirksräte, das wäre das Gleiche, wenn ich sage, Frauenberatung machen die Bezirksräte, Suchtprävention machen die Bezirksräte. Ich meine, das geht nicht. Also das ist parteipolitisch, und jetzt handeln die Stadtteilzentren neutral und das soll so bleiben. Sie sollen neutral, anscheinend ist es eben auch das, was euch stört, dass eben diese Kürzung bzw. einige äußere kritische Meldungen vielleicht auch zu diesen Kürzungen geführt haben, was noch bedenklicher ist. Also da möchte ich mich an die Wortmeldung von der Kollegin Marak-Fischer anmelden, also Gratulation an die SPÖ, ihr habt das wirklich super gemacht. Man weiß, wer hier die Hosen in dieser Koalition anhat und wo es langgeht (*Allgem. Appl.*). Es ist fast so, als ob es irgendwie einen internen Deal geben würde. Der Bürgermeister bekommt sein Denkmal und dafür können wir alles bestimmen, was wir wollen. Straßennamen, Deutsch in den Pausen, alles FPÖ-Linie, also wirklich, danke ÖVP, danke euch, dass ihr das alles ermöglicht habt. Man sieht wirklich, was mit euch alles möglich ist. Danke (*Allgem. Appl.*).

Bgm.-Stv. Eustacchio:

Ja, Frau Gemeinderätin, das ist immer bitter, wenn man die Dinge, die man unbedingt durchbringen will, nicht durchbringt. Aber hier die Demokratie in Frage zu stellen, sprich, den gewählten Mandataren im Bezirk die Möglichkeit und das Recht abzusprechen, hier wertvolle Arbeit zu leisten, ist schon sehr vermessen. Würden wir das nämlich auf die nächste Ebene heben, sitzen wir hier im Gemeinderat und würden auch sagen: Sind hier die Menschen, die hier sitzen, in der Lage, diese Entscheidungen

zu treffen? Also das ist sehr vermessen, da würde ich sehr darüber nachdenken. Stimmt mich demokratiepolitisch etwas bedenklich (*Allgem. Appl.*). Um in Ihren Worten zu sagen, traurig. (*Allgem. Appl.*).

Die Dringlichkeit des Antrages wurde abgelehnt (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ, Neos).

8.6 Neugestaltung Tegetthoffbrücke (GRⁱⁿ Ussner, Grüne)

GRⁱⁿ Ussner:

Liebe Kollegen und Kolleginnen, sehr geehrte Zuschauer, Zuschauerinnen auf der Tribüne. Irgendwie schade, der Herr Bürgermeister ist schon wieder nicht da (*lacht*) bei meinem dringlichen Antrag. Also es geht um die Tegetthoffbrücke und eigentlich geht es um viel mehr. Ich glaube, wir sind uns zumindest in dem Punkt einig, dass das eine einmalige Chance ist für Graz und das sage ich, obwohl ich noch immer die Variante über den Griesplatz bevorzuge von der Innenstadtentflechtung, aber die zwei Projekte widersprechen sich ja grundsätzlich nicht. Aber jedenfalls ist es wirklich eine einmalige Chance. Und wenn man wirklich den gesamten Bereich betrachtet, den dieses Umgestaltungsprojekt beeinflusst, dann sieht man eben schnell, dass es nicht nur um die Brücke geht, es geht genauso um den Andreas-Hofer-Platz und um das Joanneumsviertel und das nördliche Griesviertel und das innere Annenviertel. Und Fakt ist nun einmal, dass dort derzeit der komplette öffentliche Raum vom MIV dominiert ist. Und wir müssen einfach anfangen, städtischen Raum und vor allem, der keine neuen Entwicklungsgebiete wie Smart City oder Reininghaus, sondern die Bestandsstruktur, die wir haben, da müssen wir den Raum neu denken. Und er kann nicht einfach zum Großteil für die Autos da sein und da bietet sich eben eine großartige Chance. Und da geht es darum, nicht nur die Lebensqualität der Leute zu

verbessern, sondern da hätten wir auch die Chance, einmal wirklich ein Projekt umzusetzen und unsere Verantwortung wahrzunehmen, was gegen den Klimawandel zu machen auf kommunaler Ebene. Darum geht es nämlich auch sehr stark in diesem Projekt. Ich war am Dienstag am Abend bei der Diskussion zur Mobilität am Flughafen und das war ziemlich interessant. Da habe ich mich mit Herrn Larisegger unterhalten, der Bürgermeister war ja auch am Podium. Ich habe es relativ absurd gefunden, dass es am Flughafen stattfindet die Diskussion zur Mobilität. Jedenfalls habe ich dort den Herrn Larisegger mit der Frage konfrontiert, wie ihn in seiner täglichen Arbeit das Thema Klimawandel so beeinflusst oder beschäftigt. Und das war eine relativ interessante Diskussion oder Gespräch. Weil er hat halt gesagt, naja, aus seiner Sicht laufen die Dinge in Graz ja eh nicht so schlecht, wenn man es mit anderen Städten vergleicht und dann habe ich ihn einmal so mit den hard facts, mit den Fakten, halt konfrontiert, nämlich dass ...

Laute Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderatssaales.

Vorsitzwechsel – StR Riegler übernimmt den Vorsitz (17.10 Uhr).

Ussner:

ja und mit alternativen Fakten (*lacht*), euer Lieblingsspezialgebiet, wahrscheinlich. Jedenfalls habe ich ihm dann halt gesagt, gut, 29 % der österreichischen Co2-Emissionen, ah der Bürgermeister, schau (*lacht*), stammen aus dem Verkehr und die sind seit 2017 gestiegen. Also, dass es gut läuft, das kann man nicht sagen, plus haben wir die Situation, dass wir das jetzt global gesehen eigentlich innerhalb von zwölf Jahren halbieren müssten, wenn wir unseren folgenden Generationen einen Planeten hinterlassen wollen, auf dem sie leben. Und dass wir jetzt, abgesehen von der Verantwortung Österreichs eigentlich, die Emissionen noch viel drastischer reduzieren

müssten, wenn man sich das global anschaut, als halbieren. Gut und dann hat er einmal kurz nachgedacht darüber, der Herr Larisegger, und hat gemeint, naja er kann sich das aber nicht vorstellen, wie das funktionieren soll. Ich glaube, da ist halt auch ein bisserl „ein Groschen“ gefallen bei ihm. Jedenfalls hat er dann daheim noch einmal darüber nachgedacht. Ich kann es mir schon vorstellen. Ich kann es mir schon vorstellen, dass das funktionieren kann und genau da setzt die kommunale Verantwortung an, bei solchen Projekten und den Raum in der Stadt neu zu denken. Das war die Tegetthoffbrücke und im Bereich rundherum halt wirklich gescheit gestaltet. Und da braucht es eine wirklich gestalterische Stadtplanung, die auch mehr Vision hat, außer dass man in Graz möglichst viele Kräne sieht und unkoordiniert überall Hochhäuser hinklatscht. So kommt mir die Stadtplanung in Graz derzeit vor. Der Herr Bürgermeister hat übrigens bei der Diskussion auch was sehr Bezeichnendes gesagt, nämlich, dass auch er versucht, sich an der Nase zu nehmen, was sein Mobilitätsverhalten angeht. Genau und so eine Herangehensweise ist aber eigentlich die falsche. Weil wir sitzen hier, weil wir politische Verantwortung haben, die Infrastruktur in der Stadt so zu gestalten, dass die Leute auch wirklich umsteigen können und wir können uns als politisch Verantwortliche nicht auf das individuelle Mobilitätsverhalten der Leute ausreden.

*Zwischenruf GR **Lohr** unverständlich.*

Ussner:

Mit dem Projekt Tegetthoffbrücke könnte man einmal ein erstes Zeichen setzen, dass wir es schaffen, den Raum in der Stadt neu zu denken, dass wir es schaffen, klimafreundliche Stadtplanung zu betreiben und dass uns die Anliegen der Bürger und Bürgerinnen wirklich auch zu Herzen gehen und dass wir uns den Meinungen von Experten und Expertinnen, was das angeht, nicht verschließen. In dem Sinn stelle ich den folgenden

dringlichen Antrag:

1. Die Stadtbaudirektion wird beauftragt, die Ausweitung der Ausschreibung des städtebaulichen Wettbewerbs auf die im Motiventext genannten Viertel sowie die Möglichkeit der Ausarbeitung eines verkehrstechnischen Rahmenplans zu überprüfen.
2. Weiters wird die Stadtbaudirektion ersucht, ein Konzept für einen breiten Beteiligungsprozess mit einer möglichst inklusiven Einbeziehung der Bevölkerung, der Stakeholder und von Fachexperten und Fachexpertinnen zu erarbeiten. Bisherige Vorschläge der Bevölkerung sollen dabei in den weiteren Prozess miteinbezogen werden.
3. Weiters werden Fachexperten, Fachexpertinnen von der TU, Joanneum Research, FH Joanneum sowie das Mobility Labs und auch alle anderen Institutionen und Gruppen, die sich mit dem Thema beschäftigen in Graz, zu einem Workshop für die weitere Ausarbeitung der Richtlinien für den städtebaulichen Wettbewerb eingeladen.

Bitte um Annahme (*Allgem. Appl.*).

Originaltext des dringlichen Antrages:

Mit den neuen Plänen der Innenstadtentflechtung ergibt sich rund um die Tegetthoffbrücke – also im Bereich Andreas-Hofer-Platz und im Joanneumsviertel einerseits sowie im nördlichen Griesviertel und im inneren Annenviertel andererseits - die einmalige Chance für eine städtebauliche Neugestaltung und für eine verkehrsorganisatorische Weichenstellung. Wenn diese Prozesse durchdacht gestaltet werden, gibt es die Chance auf eine Aufwertung der gesamten Umgebung, auf eine Verbesserung der Luft- sowie der Lebensqualität, auf ein architektonisch innovatives Projekt sowie eine verkehrliche Vorbildfunktion für Graz selbst und zudem für andere Städte.

Wie man sich entscheidet, diese Viertel rund um die Tegetthoffbrücke zu gestalten und den Verkehr neu zu denken, wird für die nächsten Jahrzehnte prägend für die ganze Umgebung sein. So eine großartige Chance, einen guten Teil der gewachsenen Stadt zu gestalten und die Mobilität neu zu denken, darf, im wahrsten Sinne des Wortes, nicht auf ein singuläres Brückenneubauprojekt reduziert werden.

Die Stadt hat eine Verantwortung gegenüber folgenden Generationen. Österreich hat bei der Klimakonferenz 2018 den Negativpreis „Fossil des Jahres“ für seine fehlende Klimaschutzpolitik erhalten. Einer der beiden größten Kritikpunkte ist die rückständige Politik im Verkehrsbereich. Auch Graz nimmt seit Jahren die eigene kommunalpolitische Verantwortung in Sachen Verkehr nicht wahr. Es braucht daher rasche und grundlegende Veränderungen unseres Mobilitätssystems und hierbei kann man sich nicht rein auf technologische Fortschritte verlassen, es braucht genauso Veränderungen unserer Infrastruktur.

Wie rund um die Tegetthoffbrücke zukünftig Urbanität, Raum für Menschen und städtische Mobilität gestaltet wird, hat einen großen Einfluss auf das gesamte Gebiet. Deshalb braucht es ein definiertes Projekt-Ziel, wie sich der gesamte, der größere Bereich entwickeln soll. Bedingt vergleichen können Sie es, liebe KollegInnen, mit der Neugestaltung der gesamten Annenstraße. Man darf aber gerne noch größer denken und man soll noch weitaus mutigere Schritte setzen, als es damals nicht zuletzt aufgrund der politischen Verhältnisse und aufgrund der mangelnden Erfahrung der Stadt Graz und vieler Stakeholder mit solchen Materien letztendlich möglich war.

Wie uns andere Städte mit vergleichbaren Projekten vorzeigen, bietet sich die einmalige Chance, den Raum in diesen Teilen, in diesen beiden Grätzeln der gewachsenen historischen Stadt komplett neu zu denken. Dazu braucht es neben der Ausweitung des betrachteten Projektbereichs sowie der Möglichkeiten für eine zukunftsfähige Neugestaltung des Stadtraums und der Neuorganisation der Mobilität die Miteinbeziehung von FachexpertInnen und selbstverständlich der AnwohnerInnen,

der Wirtschaft, der Vereine – kurzum der gesamten betroffenen Bevölkerung. Das ist für uns unumgänglich.

Im Sinne des obigen Motivenberichtes stelle ich namens der Fraktion der Grünen – ALG folgenden

dringlichen Antrag:

Die Stadtbaudirektion wird beauftragt, die Ausweitung der Ausschreibung des städtebaulichen Wettbewerbs auf die im Motiventext genannten Viertel sowie die Möglichkeit der Ausarbeitung eines verkehrstechnischen Rahmenplans zu prüfen.

Weiters wird die Stadtbaudirektion ersucht, ein Konzept für einen breiten Beteiligungsprozess mit einer möglichst inklusiven Einbeziehung der Bevölkerung, der Stakeholder und von FachexpertInnen zu erarbeiten. Bisherige Vorschläge der Bevölkerung sollen dabei in den weiteren Prozess miteinbezogen werden.

Weiters werden FachexpertInnen von der TU Graz, Joanneum Research, FH Joanneum sowie des Mobility Labs (...) zu einem Workshop für die weitere Ausarbeitung der Richtlinien für den städtebaulichen Wettbewerb eingeladen.

Vorsitzwechsel – Bgm. Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (17.18 Uhr).

GR Piffli-Percevic:

Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, liebe Tamara. Ich habe mich ein bisschen schwergetan beim sinnerfassenden Lesen dieses Antrages. Denn es ist eigentlich eine Abrechnung verbal mit eurer eigenen Verkehrspolitik. Ihr hattet ja von 2008 bis 2012 auch wart ihr verantwortlich für das Verkehrsressort. Auch Graz nimmt seit Jahren die eigene kommunalpolitische Verantwortung in Sachen Verkehr nicht wahr? Also das Ganze vor dem Hintergrund

oder besser gesagt, was steht jetzt im Vordergrund. Wir haben erstmals in der Geschichte der Stadt fünf Straßeninfrastrukturprojekte auf Schiene. Wir haben noch viel mehr Projekte, aber auf Schiene fünf Infrastrukturprodukte und ein Beschaffungsprojekt für die Verkehrsmittel. Und ihr meldet euch jetzt von diesem, glaube ich, einstimmig beschlossenen Paket ab. Also bitte, ich würde bitten, nicht das eigene Licht unter den Scheffel zu stellen und uns dann nicht auch, euch nicht selber schlecht zu machen. Natürlich ist es nie genug und wir haben ehrgeizige Pläne. Aber bitte konzentrieren wir uns jetzt auf das, was wir beschlossen haben, zweigeleisiger Ausbau Puntigam, plus/minus zweigeleisiger Ausbau Mariatrost, den Vierer nach Reininghaus, den Sechser und den 16-er zum Harnoncourt-Tag, also zur List-Halle, und dann eben die Innenstadtentflechtung mit der Neutorgasse und auf das bezieht sich der Antrag. Wir haben im Jahr 2017 einen Planungsbeschluss gefasst, wir haben ihn mit Mitteln ausgestattet, wir haben ein ehrgeiziges Korsett, dass wir den Gemeinderatsbeschluss-Bau bereits nächstes Jahr fassen. Davor müssen wir noch das eisenbahnrechtliche Verfahren einleiten und zuletzt haben wir auch einen Architektenwettbewerb im Laufen. Die Kleine Zeitung hat eine Ideenfindungskampagne unterstützt und gefördert. Die Ergebnisse sind mit dem Wettbewerbsausschuss der Architektenkammer kommuniziert und es hat einen Workshop mit den sogenannten Stakeholdern stattgefunden, wo alle dabei waren. Also bitte tun wir nicht so, als wenn wir nicht zumindest hier auf einem tauglichen richtigen Weg wären. Es wird jetzt niemanden verwundern, wenn ich den Antrag stelle, dem nicht zuzustimmen (*Allgem. Appl.*).

GR Muhr:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Mitglieder der Stadtregierung, sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Antragstellerin Tamara. Selbstverständlich ist im Rahmen eines städtebaulichen Wettbewerbs das Gesamtbild immer von großer Bedeutung und die Brücken sollten dann natürlich nicht isoliert betrachtet werden und auch die Einbindung der Bevölkerung, der Wirtschaft

und der Expertinnen und Experten ist wichtig und deswegen wird die SPÖ dieser Dringlichkeit zustimmen. Aber es muss an dieser Stelle auch geprüft werden, inwieweit und in welchem Ausmaß, sollte der Prozess eingeleitet werden, es zu zeitlichen Verzögerungen bei der Realisierung der Tegetthoffbrücke kommen könnte. Denn wir müssen unbedingt im Auge behalten, dass die Entlastungsstecke der Herrengasse von immenser Bedeutung ist und das schon jetzt. Aber es wird halt noch wichtiger werden, diese Entlastungsstrecke zu haben, wenn die Straßenbahnlinien bereits in die Smart City führen oder auch nach Reininghaus führen. Und selbstverständlich ist das Verkehrsaufkommen jetzt schon bereits sehr dicht und die Herrengasse ist jetzt schon sehr überlastet und es ist auch nicht auszudenken, wenn dort in der Herrengasse es zu einem technischen Defekt kommt, dann steht der gesamte öffentliche Verkehr. Also das sollte man auch dabei im Auge behalten. Danke (*Allgem. Appl.*).

StRⁱⁿ Kahr:

Die Vorredner haben einiges schon angesprochen, was ich unterstreichen kann und möchte. Einerseits, wie GR Piffli-Percevic schon gesagt hat, wir haben jetzt ein Straßenbahnpaket beschlossen, das ist wichtig und notwendig und vor allem auch, da ist ein Teil eben die Innenstadtentlastung, die wir in dieser Form auch unterstützen und natürlich mittragen, weil wir haben möchten, dass es endlich zu dieser Entlastung der Linien in der Innenstadt kommt, und da müssen wir natürlich auch schauen, dass wir den Zeitplan einhalten. Nichtsdestotrotz, und es hat ja hier auch eine Einbindung einiger Stakeholder, wie immer das nennen möchte, im Bürgermeisteramt gegeben. Und ich halte es auch für wichtig und insoferne möchte ich schon der Tamara Ussner Recht geben, dass es notwendig ist, nicht nur jetzt die Tegetthoffbrücke sich anzuschauen, sondern diese Chance mitzunutzen auch, was lässt sich gestalterisch in diesem, wenn man das schon in die Hand nimmt, vom Andreas-Hofer-Platz, Neutorgasse und das Umfeld noch machen. Wichtig ist aber nur, dass das einen zeitlichen Rahmen haben muss, um sozusagen nicht den Gesamtzeitplan zu gefährden. Deshalb ist der Antrag durchaus dringlich. Ich möchte den Antrag auch unterstützen,

aber ob die so breite Einbindung, also es müsste zumindest eine rasche Abfolge eines Beteiligungsprozesses da erfolgen, der aber zeitlich begrenzt wird. Das steht da irgendwie nicht drinnen und es ist ein bisschen für mich so gesehen unausgegrenzt. Aber von der Intention her ist er durchaus berechtigt (*Appl.*).

GR Sickl:

Herr Bürgermeister, liebe Gemeinderätin Ussner. Ich gehe jetzt nur ganz kurz auf deine Antragspunkte ein und nicht, was du vorher ausgeführt hast. Und zwar als Architekt stimme ich deinen Anträgen zu und das ist schön. Frau Stadträtin, schon das zweite Mal stimme ich heute einem grünen Kollegen zu, also das ist gar nichts Seltenes, wie es aussieht. Aber, wie der Kollege Piffl-Percevic schon ausgeführt hat, hat die Stadtbaudirektion alle deine Forderungen eigentlich schon ausgeführt und schon gemacht. Es ist schon alles passiert und deshalb tun wir der Dringlichkeit, da drüben ist der Herr Baudirektor, bitte, wenn Sie den dann fragen, auf jeden Fall deshalb gibt es für uns keine Dringlichkeit und dann bin ich eh schon beim Schluss. Dankeschön (*Allgem. Appl.*).

Bgm. Nagl:

Dann darf ich der Frau Kollegin Ussner nur als Ersatzmitglied des Planungsausschusses empfehlen, des Öfteren in den Planungsausschuss auch zu kommen, weil die Aussage, dass wir Hochhäuser nur hinklatschen und dass die Stadt Graz quasi keine funktionierende Stadtplanung hat, möchte ich einfach hier nicht gerne mehr im Raum stehen lassen, sondern zurückweisen (*Allgem. Appl.*), allein schon wegen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die unter dem Herrn Baudirektor und unserem Stadtplanungschef ziemlich gefordert sind. Und wir klatschen keine Hochhäuser nebeneinander hin, sondern wir können in letzter Zeit wunderbar, meistens sogar mit

gemeinsamen Beschlüssen, ganze Stadtteile entwickeln und das wollte ich einfach nur anfügen.

*Zwischenruf GRⁱⁿ **Ussner**: unverständlich.*

Bgm. Nagl:

Nein, es bleibt, glaube ich, gar nichts links liegen. Ganz im Gegenteil, es eröffnet sich jetzt eine große Chance. Und den Griesplatz, noch einmal, Sie sind dann zu neu im Gemeinderat (*lacht*), aber das Thema Griesplatz hat auch schon eine damalige Vizebürgermeisterin und für den Verkehr zuständige Stadträtin der Grünen, versucht zu lösen. Es ist nur leider kein Ergebnis dabei herausgekommen, das nicht den öffentlichen Verkehr auch mitaufgehalten hätte und deswegen versuchen wir, jetzt einmal eine schnelle Lösung zustande zu bringen.

Zwischenruf unverständlich.

Bgm. Nagl:

Noch einmal. Es hat sich danach herausgestellt, das möchte ich schon dazusagen, es hat sich durch unsere Experten herausgestellt, dass die Busse am Griesplatz in den Stau gekommen wären und deswegen haben wir gesagt, suchen wir eine andere Lösung. Die haben wir beschlossen und die gefällt den Grünen noch nicht. Aber ich weiß, dass wir auch mit der Kollegin Kahr, als Verkehrsreferentin, jetzt auch diese Erreichbarkeit in Richtung Südwesten der Stadt auch angehen werden und dann haben wir eine Entlastungsstrecke für die heute Donnerstag mit der Wahrscheinlich jetzt kommenden Demonstration, die wir da haben werden, und die ja maßgeblich von euch in die Wege geleitet wird und unterstützt wird, ganz massiv. Donnerstag-Demos,

glaube ich, finden schon unter eurer Beteiligung und auf euren Homepages usw. auch statt und ihr geht da auch mit, darf man eh. Aber ich finde es immer nur traurig, dass sie ausgerechnet dann den ganzen öffentlichen Verkehr aufhalten, weil wir keine Ausweichstrecke haben und diese Ausweichstrecke bauen wir jetzt und das muss jetzt schnell passieren und deswegen sind wir da gut unterwegs. Und dass sich vielleicht der Andreas-Hofer-Platz auch noch als Chance ergibt, hoffe ich, weil seit 15 Jahren wünsche ich mir nichts anderes, als dass wir im Weltkulturerbe diesen Platz neu gestalten können (*Allgem. Appl.*).

Ussner:

Ja, weil ja die Griesplatz-Straßenbahn jetzt eh schon gefallen ist, also ich finde das Argument mit Zeitverzögerungen da eigentlich nicht zulässig, weil wir eine Innenstadtentflechtung, eine fix-fertige geplant gehabt haben, und da muss ich wirklich noch einmal meine Perspektive auf die Sache ... Nein, sie funktioniert. Es gibt nur den politischen Willen nicht, den Autoverkehr an Stellen 30 bis 40 % einzuschränken. Ich kann mich genau an das Stück erinnern, weil ich es einfach absolut eine bodenlose Frechheit gefunden habe, mit was für Prioritäten hier wieder Verkehrspolitik gemacht wird.

Undeutliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderatssaales.

Ussner:

Und zu dem Workshop, der stattgefunden hat, lieber Herr Kollege. Sie haben alle Gemeinderatskollegen, Gemeinderatskolleginnen, genauso wie die ganze Stadtregierung eine Stellungnahme zu diesem Workshop bekommen von der Kammer für Ziviltechniker, wo genau drinnen gestanden ist. Wir haben, Herr GR Frölich, der Karl hat nur eine unabhängige Stellungnahme auch eingeholt damals und die ist zu einem

anderen Ergebnis gekommen und das hat er auch damals im Ausschuss gesagt, im Verkehrsausschuss. Aber das hat halt niemanden interessiert. Die Kammer für Ziviltechniker hat eine Stellungnahme geschrieben zu diesem Workshop, den Sie angesprochen haben, wo Sie gesagt haben, es ist ja eh alles schon passiert, was hier gefordert wird, und genau diese Punkte kritisiert, die ich hier im Antrag drinnen stehen habe und das, was ich hier fordere, ich spreche nur aus, was sich Experten und Expertinnen aus den Unis, von der TU, von der KF denken, unterschiedlichste Organisationen, die sich mittlerweile gegründet haben, weil sie auch den Verkehrskollaps in Graz kommen sehen und die Kammer für Ziviltechniker, und genau das spreche ich einfach nur aus. Und wir haben eine kommunalpolitische Verantwortung, in Sachen Stadtplanung und etwas gegen den Klimawandel zu machen und das, was wir da machen, ist nicht mehr als Herumeiern, wenn man den Zeitraum betrachtet, den wir noch haben. Ja, ich finde es schade, dass in der Koalition keine klimafreundliche Stadtplanung im Altbestand möglich ist anscheinend und ich finde es auch eine ziemliche Frechheit, dass sich genau dann die ÖVP hinstellt, liebe Anna Hopper, das geht jetzt auch an dich, dass ihr euch hinstellt, und an den Herrn Riegler, der hat das heute auch schon erwähnt, dass ihr das so großartig findet, dass morgen die Schüler den Klimastreik, den ersten, machen in Graz. Nur das richtet sich genau gegen eure Politik und wäre es einmal Zeit, die Verantwortung wahrzunehmen, weil mit dem Zuspruch können sich die Kinder dann keine Zukunft kaufen, gell, meine Lieben (*Allgem. Appl.*) und es ist immer die gleiche Geschichte.

*Zwischenruf GRⁱⁿ **Gmeinbauer**: Es blinkt das Licht, es reicht.*

Ussner:

Ja, ich habe trotzdem noch Zeit und ich nehme mir heraus, ein paar Sekunden länger für die Unterbrechungen auch noch anzuhängen, gell? Ihr nehmt eure Verantwortung

wirklich seit Jahrzehnten nicht wahr, mittlerweile. Es ist die gleiche Geschichte bei euch und mich wundert es nicht, dass Politiker nur 17 % Vertrauensrate haben.

Laute und undeutliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderatssaales.

Ussner:

Es sind immer schöne Worte, und bei konstruktiven Vorschlägen wie diesen wird dann aber nicht zugestimmt (*Appl.*).

Bgm. Nagl:

Wir sprechen ja über das größte öffentliche Verkehrsprojekt der Innenstadt seit Einführung des Jakominiplatzes und der Herrengasse. Wir sprechen eigentlich über die Verbesserung im Rad- und Fußverkehr. Auch ein Riesenthema, das da auch schon Beachtung gefunden hat und jetzt freue ich mich über die Abstimmung.

Die Dringlichkeit des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ, Grüne, KPÖ und Neos) abgelehnt.

8.7 Gewalt gegen Frauen / Ausbau von Opferschutz, Prävention und Täterarbeit (GRⁱⁿ Robosch, SPÖ)

GRⁱⁿ Robosch:

Sehr geehrte Damen und Herren auf der Tribüne, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Mitglieder des Stadtsenates. Wir verbringen heute nicht nur den

Valentinstag miteinander, wir haben nicht nur schöne Blumen heute quasi von der Stadt zwecks des Valentinstages bekommen, sondern auch um ein Zeichen zu setzen. Denn heute am 14. Februar wäre Johanna Dohnal, eine der wichtigsten Frauenpolitikerinnen Österreichs, auch 80 Jahre alt geworden. Und warum erwähne das überhaupt? Weil heute am 14. Februar, und wir hören es da im Hintergrund, auch der internationale Aktionstag, V-Day genannt, gegen Gewalt an Frauen stattfindet. Auf der ganzen Welt quasi setzen Frauen ein Zeichen gegen Gewalt und wollen damit auch endlich den Gewaltschutz zum Thema machen. Wir haben heute auch das politische Erbe von Johanna Dohnal, weil sie war die Person, die den Gewaltschutz in Österreich überhaupt möglich gemacht hat. Sie war damals 1978 die erste Frau als Wiener Gemeinderätin, die das Frauenhaus in Wien initiiert hat. Sie war damals dann auch in der Bundespolitik die Person, die auf der einen Seite effektive Hilfestellungen für Frauen, die betroffen sind von Gewalt, entwickelt hat, und auf der anderen Seite aber nicht vergessen hat zu erwähnen, wer die Ursachen oder was die Ursachen dieser Gewalt sind. Und die Zahl der Fälle seit diesem ersten Frauenhaus 1978 an Gewalt gegen Frauen sind leider nicht besser geworden oder nicht wesentlich besser geworden. Nein, z. Bsp. eine von fünf Frauen ist noch immer Opfer von häuslicher Gewalt und die Zahl der sexualisierten Übergriffe in unserer Gesellschaft steigen sogar. Zwar hat sich die Reaktion oder der Umgang mit dieser Gewalt verbessert, und eine ExpertInnengruppe des Europarates zur Verhinderung von Gewalt an Frauen und häuslicher Gewalt, auch GREVIO genannt, die Abkürzung kommt aus dem Englischen, lobte Österreich auch jahrzehntelang für seine FührerInnenrolle in diesem Bereich, vor allem im Bereich der häuslichen Gewalt. Aber leider, z. Bsp. sind Dinge wie Wegweisungen oder einstweilige Verfügungen Dinge, die sich andere Länder in Europa sehr sehnen würden, weil Antworten sind manchmal sehr komplizierte Gefahrensituationen, die dann die Polizei in dem Fall selbst tätigen kann, auch wenn es Aussagen widersprüchlicher Natur gibt. Leider ist aber der Bereich der sexualisierten Gewalt jahrzehntelang wenig Aufmerksamkeit gegeben worden. Und wir müssen uns hier immer die Frage stellen, was könnten wir tun, dass Gewalt gar nicht erst stattfindet? Und hier kann die Antwort nur sein, arbeiten wir gemeinsam daran, dass

Frauen selbstbestimmt leben können, arbeiten wir gemeinsam daran, dass das Ideal von Männlichkeit ohne Gewalt auskommt und arbeiten wir gemeinsam daran, dass dieses Problem an der Wurzel angepackt wird. Weil die Wurzel ist immer noch ein Männlichkeitsbild, das zu Machtmissbrauch übergeht. Professionelle Täterinnenarbeit und Täterarbeit, ganz speziell auf die männliche Form, ist essentiell. Einerseits für den langfristigen Gewaltschutz für Frauen, aber auch andererseits, um endlich ein Umdenken bei Tätern zu erwirken und deswegen fordern wir auch hier, das ist ja auch der Grundsatz des Feminismus, den Johanna Dohnal geprägt hat, nicht eine weibliche Zukunft, sondern eine menschliche Zukunft für uns alle. Aber auf der anderen Seite, müssen wir auch ganz klar sagen, gibt es in unserer Gesellschaft immer noch Frauen, die Opfer von sexualisierter Gewalt werden und die mit diesem Trauma oft alleine gelassen werden. Und das kann in unserer Gesellschaft einfach nicht sein, weil wir haben einen Auftrag, diesen Frauen Hilfe zukommen zulassen. Und deswegen fordern wir auch einen Rechtsanspruch für Psychotherapie für diese Frauen, ohne bürokratische Hürden und ohne Strafmaßdebatten. Weil, wenn ein Trauma z. Bsp. auch nach jahrzehntelanger Verdrängung aufbricht, dann haben diese Frauen nichts von den rechtlichen Schritten oder von Strafmaßdebatten für die Täter. Die Frauen in dieser Situation brauchen psychologische Betreuung und psychologische Begleitung. Und daher stellte ich im Namen des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs den

dringlichen Antrag,

der Gemeinderat möge auf dem Petitionsweg an den Gesetzgeber herantreten, um

1. Opfer von Übergriffen und sexualisierter Gewalt durch einen Rechtsanspruch eine Psychotherapie zu ermöglichen, um die Folgen von traumatischen Erlebnissen zu mildern,
2. und um unter der Einbindung der in diesem Bereich tätigen Institutionen, Organisationen und Vereinen die gesetzlichen Vorlagen für die Täter und Präventionsarbeit sukzessive auszubauen (*Allgem. Appl.*).

Originaltext des dringlichen Antrages:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Am 14. Februar 2019 verbringen wir nicht nur den Valentinstag gemeinsam: Nein, an dem Tag wäre auch eine der wichtigsten österreichischen Politikerinnen 80 Jahre alt geworden: Johanna Dohnal.

Und der 14. Februar ist auch der V-Day, an dem weltweit ein Zeichen gegen Gewalt an Frauen gesetzt wird.

Johanna Dohnal hat den Gewaltschutz in Österreich erst möglich gemacht. Sie hat 1978 – noch als Wiener Gemeinderätin – das erste Frauenhaus in Wien initiiert und dann auch in der Bundespolitik einerseits effektive Hilfestellungen für Frauen, die von Gewalt betroffen sind, umgesetzt und genauso darauf aufmerksam gemacht, was die eigentlichen Ursachen dieser Gewalt sind.

Heute müssen wir daran arbeiten, Dohnals Erbe weiter auszubauen. Denn wir wissen alle, dass sich die Zahl der Fälle von Gewalt an Frauen seit 1978 seit dem ersten Frauenhaus nicht wesentlich verbessert hat. Noch immer ist eine von fünf Frauen Opfer von Gewalt, und Zahlen an sexualisierter Gewalt steigen. Zwar hat sich die Reaktion und der Umgang mit Gewalt an Frauen verbessert, doch sind die Ursachen, nämlich der Machtmissbrauch der Täter, weiterhin außer Acht gelassen worden.

Daran ist klar zu erkennen, dass sich hier auch gesetzlich noch viel tun muss, um die Situation zu verbessern.

Die ExpertInnengruppe des Europarats zur Verhinderung von Gewalt an Frauen und häuslicher Gewalt, auch GREVIO genannt (Council of Europe's Group of Experts on Action against Violence against Women and Domestic Violence), lobte Österreich für seine starke Führungsrolle während der letzten Jahrzehnte im Bereich der häuslichen Gewalt. Andere Länder Europas haben es bislang noch nicht geschafft, mit Wegweisungen und einstweiligen Verfügungen auf die manchmal komplizierten Gefahrensituationen zu reagieren. Doch leider merkte das GREVIO-Komitee an, dass anderen Bereichen, wie zum Beispiel sexualisierter Gewalt, weniger Aufmerksamkeit gewidmet wurde.

Wir müssen uns immer die Frage stellen: Was können wir tun, damit Gewalt gar nicht erst stattfindet? Hier kann die Antwort nur heißen: Arbeiten wir gemeinsam daran, dass Frauen selbstbestimmt leben können. Arbeiten wir gemeinsam daran, dass das Ideal von Männlichkeit ohne Gewalt auskommt. Um dieses Problem in den Griff zu bekommen, müssen wir professionelle Täterarbeit leisten und ein Umdenken bei den Männern erreichen. Dafür brauchen wir Feminismus, so wie ihn Johanna Dohnal schon eingefordert hat, nicht als weibliche Zukunft, sondern als menschliche Zukunft.

Der Ausbau der Täter- und Präventionsarbeit ist ein essentieller Teil des langfristigen Gewaltschutzes von Frauen und der Bekämpfung von Gewalt im Generellen. Trotzdem kann es immer vorkommen, dass Frauen von Übergriffen betroffen sind. Wenn Frauen schon von so einem Vorfall betroffen sind, kann es nicht sein, dass sie mit dieser Situation und den Folgen einfach allein gelassen werden. Psychologische Betreuung und Behandlung kann dabei helfen, die Auswirkungen von traumatischen Erlebnissen zu mildern. Wenn wir also schon in einer Gesellschaft leben, die zulässt, dass Frauen belästigt und angegriffen werden, müssen die Betroffenen wenigstens Unterstützung bekommen, wenn etwas passiert, ohne bürokratische Hürden und Strafmaßdebatten. Dabei müssen wir uns auch bewusst sein, dass viele Traumata erst nach Jahren aufbrechen können und dann oftmals nicht mal mehr die Möglichkeit besteht, rechtliche Schritte einzuleiten. Und doch brauchen diese Frauen die nötige psychologische Begleitung und Betreuung.

Daher stelle ich im Namen des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs den

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat möge auf dem Petitionsweg an den Gesetzgeber herantreten,

- 1. um Opfer von Übergriffen und sexualisierter Gewalt durch einen Rechtsanspruch eine Psychotherapie zu ermöglichen, um die Folgen von traumatischen Erlebnissen zu mildern;*

2. *und um unter Einbindung der in diesem Bereich tätigen Institutionen, Organisationen und Vereine die gesetzlichen Vorlagen für die Täter- und Präventionsarbeit sukzessive auszubauen.*

StRⁱⁿ **Schwentner:**

Ich möchte mich ausdrücklich und besonders am Geburtstag der Johanna Dohnal für den Antrag bedanken und die Petition unterstützen, soweit ich das halt kann (*lacht*), zumindest moralisch. Ich glaube, es ist aktueller denn je, was die Johanna Dohnal für uns alle gemacht hat an Gewaltschutz und Gewaltprävention. Ich möchte ein Zitat von ihr vorbringen, weil es ist einfach gut, daran zu erinnern, in einem Jahr, und wir haben jetzt den 14. Februar, und bis gestern gab es sieben Morde an Frauen in Österreich und es ist nicht hinzunehmen ...

Zwischenruf GR Lohr: Die Täterherkunft nicht zu vergessen!

StRⁱⁿ **Schwentner:**

... und es ist alles zu tun und jede Maßnahme zu unterstützen, die dazu beiträgt, dass Gewalt an Frauen nicht mehr vorkommt. Johanna Dohnal hat gesagt, für Frauen ist der vorgeblich sichere Hort der Familie ein sehr gefährlicher Platz. Das Ausmaß an tatsächlicher Gewalt im privaten Zusammenleben ist ein unvorstellbar großes und Frauen, die aus der Gewalterfahrung heraus psychotherapeutische Begleitung brauchen, müssen diese auch bekommen. Insofern ist es unterstützenswert, aus meinem jetzigen Ressort als auch von meiner Vorgängerin haben wir es zumindest geschafft für Graz, für den Verein TARA eine Nachförderung zu geben gerade für die physiotherapeutische Begleitung. Wir sollten, und dazu lade ich dann oder möchte ich auch in der Folge den Bürgermeister, Stadtrat Hohensinner und den Wohnungsstadtrat, die alle drei jetzt nicht da sind, aber einladen, zu dem runden Tisch

und der Forderung der Frauenhäuser der Steiermark nachzukommen und für entsprechende Übergangswohnungen in Graz zu sorgen. Gestern war auch der Referent bei mir und wir haben noch einmal geredet über dieses Ausmaß. Wir haben diese Snipcards. Ich teile sie vielleicht nachher aus, wo die wichtigsten Telefonnummern für Frauen in so einer Situation draufstehen und wir haben auch beschlossen gemeinsam mit dem Frauenreferat, dass wir die Kampagne, die Sensibilisierungskampagne und Informationskampagne „Graz steht auf“, an der ja sehr, sehr viele prominente Grazerinnen und Grazer teilgenommen haben, auch weiterführen wollen das ganze Jahr. Die wird in den Kinos weiterlaufen, um quasi permanent auf dieses Thema aufmerksam zu machen. Insofern meine Unterstützung ist da (*Allgem. Appl.*).

Vorsitzwechsel – StR Riegler übernimmt den Vorsitz (17.40 Uhr).

GRⁱⁿ Braunersreuther:

Sehr geehrte KollegInnen, sehr geehrte ZuhörerInnen, liebe Anna. Auch von mir erstmals herzlichen Dank für diesen Antrag und vor allen Dingen auch an das Erinnern an Johann Dohnal und was sie damals gemacht hat. Als Johanna Dohnal damals das erste Frauenhaus auf den Weg gebracht hat, hat ein Witz, ein Stammtischwitz, die Runde gemacht. Es ist ein schlechter Witz. Ich erzähle ihn aber trotzdem, weil vielleicht, es werden hier sicher manche lachen. Der Spruch ging so: Jetzt baut man unseren Frauen so ein schönes Haus und dann muss man sie erst schlagen, dass sie reingehen.

Zwischenruf GR Schunko: Wo ist da der Witz?

Braunersreuther:

Ich finde den Witz nicht lustig, aber er sagt einiges über die damalige und noch heutige Situation, nämlich, dass die Gewalt an Frauen und gegen Frauen nicht, wie häufig jetzt behauptet, ein importiertes Problem ist, sondern dass es ein Problem ist, das seine Ursachen in den patriarchalen Strukturen der Gesellschaft hat.

*Zwischenruf GR **Hötzl**: Aber nicht in unserer Gesellschaft.*

Braunersreuther:

Dass es an der Ungleichbehandlung, Entschuldigung, auch Frauen zu unterbrechen, generell Menschen zu unterbrechen, ist ein Zeichen mangelnder Wertschätzung. Deswegen bitte ich um Ruhe. Es geht um Ungleichbehandlung, es geht um Rollenzuweisung und das wird, wie man heute auch deutlich sieht, nicht besser in dem derzeitigen politischen Klima, sondern eher wieder schlimmer, leider. Es gibt aber auch noch eine zweite sehr wichtige Ursache, die du noch nicht genannt hast. Was ich jetzt nicht als Kritik verstanden habe, sondern die ich einfach noch erwähnen will. Sondern es geht auch um einen sehr rückschrittlichen Umgang mit Körperlichkeit in dieser Gesellschaft. Aufklärungsprogramme werden zum Teil politisch mit dem Argument der Frühsexualisierung abgelehnt, medial verpönt, also wie es z. Bsp. in dem Land Steiermark bei den Liebenslust-Koffern der Fall war. Dabei ist erwiesen, wer seinen Körper kennt und wertschätzt, wird nicht so leicht gewalttätig in jeglicher Hinsicht. Die beste Prävention wäre wirklich, wenn gleich gar niemand auf die Idee kommen würde, Gewalt auszuüben, egal ob sexualisierte oder jegliche andere Form der Gewalt. Da muss man sich auch nicht fürchten oder muss man irgendwie Parks beleuchten, dass dann nachts die Tiere nicht mehr schlafen können, was eh gerade gegen sexualisierte Gewalt wenig hilft, weil die, wie schon erwähnt, hauptsächlich in gut beleuchteten Wohn- und Schlafzimmern stattfindet. Natürlich weiß ich auch, dass es nicht komplett verhindert werden kann, zumal ja auch in der Vergangenheit da sehr viel verpasst und

verschludert wurde. Feministische Bewusstseinsbildung reicht nicht, das wusste auch schon Johanna Dohnal. Ein Rechtsanspruch auf Psychotherapie ist deswegen sehr wichtig, aber es braucht nicht nur den Rechtsanspruch, und das ist nämlich auch noch ein ganz wichtiger Punkt, es braucht auch genügend Plätze für Psychotherapie. Frauen müssen darauf zum Teil sehr lange warten und es braucht auch eine Kostenübernahme. Denn nicht jeder Mensch kann sich Psychotherapie leisten (*Allgem. Appl.*)

GRⁱⁿ Potzinger:

Sehr geschätzte Mitglieder der Stadtregierung des Gemeinderates, geschätzte Gäste, liebe Antragstellerin, liebe Kollegin Anna Robosch. Du bist sehr jung. Als du im Kindergarten warst im Jahre 2000 gab es die Donnerstagsdemonstrationen in Wien. In der ersten Reihe marschierte eine Johanna Dohnal. Eine Minilektion Geschichtsunterricht. Wir haben heute von Klopfer gesprochen. Großartiger Arzt, viele schöne Gedichte geschrieben, aber leider schwer verblendet und einer Ideologie huldigend, die wir massiv ablehnen. Was hat die heute von euch so glorifizierte Johanna Dohnal dort skandiert mit ihren GenossInnen? Widerstand, Schüssel, Haider an die Wand. Eine Morddrohung gegen den amtierenden Bundeskanzler und Parteivorsitzenden des Koalitionspartners. Was ist voriges Jahr passiert? Pflastersteine und Grabsteine wurden unseren Parlamentariern vor die Haustüre gelegt. Gesinnungsdiktatur lehnen wir jedenfalls ab. Soviel zu eurer Glorifikation der Johanna Dohnal (*Allgem. Appl.*). Und, liebe Frau Kollegin, in deinem Antrag sind viele berechnete Forderungen, nur ihr hättet vielleicht gestern am Abend die ZIB 2 sehen sollen, wo die Frau Staatssekretärin Edtstadler noch einmal ganz klar zusammengefasst hat die 50 Maßnahmenpunkte, die die Task-Force der Bundesregierung genau zu diesem Thema gestern beschlossen hat. Mehr Schutz für Frauen, härtere Strafen für Täter, mehr Arbeit mit Tätern, z. Bsp. nach einer Wegweisung innerhalb von 24 Stunden die Verpflichtung, ein Beratungsgespräch in Anspruch nehmen zu müssen, gegen Gewalt an Frauen, natürlich Prävention. Ausdrücklich schätze ich, was unsere

Frauenstadträtin gesagt hat, mehr Unterstützung, Förderungsaufstockung bei Verein TARA, was immer wir machen, um Mädchen, Frauen zu stärken, stark zu machen, unterstützen wir. Aber dieser heutige dringliche Antrag hat sich eigentlich mit der gestrigen Beschlussfassung der Bundesregierung erledigt, ist somit obsolet, liebe Freunde, und daher absolut nicht dringlich (*Allgem. Appl.*).

GR Dreisiebner:

Ich ersuche noch einmal, sich zu erinnern, was Kollegin Potzinger gesagt hat. Sie ist vom Nationalsozialismus im Umgang und mit der Erinnerungskultur zu Johanna Dohnal 2000 zu den Donnerstagsdemos damals übergegangen und hat unterstellt, was sie gesagt habe. Ich bitte um den Nachweis, dass Johanna Dohnal ad personam diesen Gewaltaufruf „Schüssel, Haider an die Wand“ damals gesagt hat.

Zwischenruf GRⁱⁿ Potzinger: Sie ist in der ersten Reihe marschiert.

Dreisiebner:

Weil das hast du hier behauptet, das hast du hier vor dem Gemeinderat behauptet und in das Mikrofon gesagt. Wir können auch das Protokoll gerne abwarten.

Das ist für mich einerseits zumindest einmal so etwas wie eine Rufbeschädigung einer nicht mehr lebenden Person. Des Weiteren hast du die Pflastersteine, verurteilenswert, natürlich ist auch, glaube ich, von der SPÖ voriges Jahr verurteilt worden, auch noch in dem Zusammenhang mit Johanna Dohnal gebracht, da war sie nicht mehr am Leben. Dann musst du genauer ausformulieren. Dann musst du genauer formulieren und genauer trennen, was du meinst, Kollegin Potzinger.

Laute und undeutliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderatssaales.

*Zwischenruf GRⁱⁿ **Potzinger**: Nein, du musst genauer zuhören.*

Dreisiebner:

Ich bitte, bei aller Klarheit, dass man unterschiedliche Positionen haben, hier nicht in die Nähe der Verharmlosung, was auch immer, zu kommen, in die Nähe eines Rufmordes an einer Person, an einer Frau, die man schätzen kann, weniger schätzen kann oder auch verachten kann, die sich nicht mehr wehren kann. Das ersuche ich wirklich alle und das ist ein Selbstappell, der dir gilt, Sissi Potzinger, und der uns allen gilt (*Allgem. Appl.*).

GRⁱⁿ Schönbacher:

Ich möchte wieder zum eigentlichen Thema und sehr wichtigen Thema kommen, nämlich zum Thema Gewaltschutz und zwar zum Schutz vor Gewalt gegen Frauen und gegen Kinder. Und wie meine Vorrednerin Sissi Potzinger schon gesagt hat, es gibt eben eine Einsatzgruppe. In dieser Einsatzgruppe sind sehr viele Experten gesessen und sind nach wie vor noch dabei. Sie haben eben 50 Maßnahmen ausgearbeitet und diese sind im Ministerrat auch beschlossen worden, deshalb stimmen wir der Dringlichkeit nicht zu. Trotzdem ist das ein ganz, ganz wichtiges Thema, Gewaltschutz gegen Frauen und Kinder, und ich möchte da nur noch ein paar Maßnahmen dazu erwähnen, weil z. Bsp. Prävention auch Kinderschutz, Sensibilisierung von Jugendlichen in der Schule sowohl durch Lehrende als auch durch Erziehungsberechtigte. Das finde ich sehr wichtig, auch die Sensibilisierung von Schulärzten und zwar betreffend Opfer von Gewalt und z. Bsp. weiblicher Genitalverstümmelung. Das ist nämlich auch ein wichtiger Punkt, der da drinnen ist. Weil das sehr wichtig ist, dass man da genauer hinschaut und auch wirklich erkennt und genauso die Gefährdungseinschätzung schon vorweg. Zusätzlich soll auch präventiv beraten werden gegen Zwangsheirat. Das ist auch ein sehr wichtiger Punkt, der nicht vergessen werden darf. Aber auch Beratung gegen Gewalt im Namen der Ehre und ein Leitfaden dazu, der entwickelt werden wird,

was ich auch sehr, sehr wichtig finde. Gefährdungsmanagement, Etablierung der dritten Gewaltschutzsäule, genauso die heute schon erwähnten Übergangswohnungen in den Bundesländern sind hier auch fixiert. Das heißt, das war heute auch schon ein Punkt, der steht auch schon in diesem Maßnahmenkatalog, genauso der Wechsel in ein anderes Frauenhaus, in ein anderes Bundesland wird genauso möglich gemacht werden und wenn all diese Präventionsmaßnahmen nicht helfen, dann haben wir eine sehr wichtige Maßnahme vor uns und zwar die Verschärfung der Maßnahmen im Strafgesetzbuch und im Strafverfahren. Damit die Opfer sich nicht alleine fühlen, weil in der Vergangenheit war es sehr oft so, dass Opfer sich alleine gefühlt haben, dass Täter wesentlich öfter thematisiert wurden und die Opfer das Gefühl hatten, dass die Täter einfach auch nicht ausreichend bestraft wurden. Diese ganzen Maßnahmen führen zu einer Gesetzesvorlage, die dann in Begutachtung vorher aufliegen wird und da kann sich ein jeder dann dazu melden und auch noch einbringen, was fehlen könnte. Deshalb verstehe ich die Dringlichkeit nicht ganz, obwohl das Thema wirklich absolut wichtig ist. Aber ich möchte noch einmal dazusagen unser Ziel ist es, dass wir hier Maßnahmen bekommen werden, damit Frauen und Kinder den Weg aus der Gewalt finden können, dass sie sich nicht alleine finden oder noch besser, dass sie Gewalt erst gar nicht erfahren müssen (*Allgem. Appl.*).

Robosch:

Liebe Frauenstadträtin Schwentner, liebe Judith, danke für deine Unterstützung, danke für deine Wortspende. Du hast einen Verein angesprochen, mit dem ich auch schon öfter über genau dieses Thema gesprochen habe, nämlich die Psychotherapie und das wäre Ina Mastnak z. Bsp. die Leiterin dieses Vereines kennt, weiß, dass sie immer erwähnt, dass sie in einer sehr schizophrenen Position ist. Weil auf der einen Seite würde sie gerne mehr Werbung dafür machen, dass sie professionelle und kostenfreie Psychotherapie für genau diese Opfer von sexualisierter Gewalt bieten und auf der anderen Seite sind aber die Mittel begrenzt. Und jede neue Werbung führt dazu, dass sich eine Frau meldet und dass eine Frau aufmerksam wird und führt auch dazu, dass

sich eine Frau aus dieser Dunkelziffer von Gewalt an Frauen herausbegibt und eben den Weg in die Psychotherapie und die Aufarbeitung dieses Traumas geht und dann sind auch die Mittel einfach begrenzt. Und die Mittel sind begrenzt, weil diese Förderung der Stadt Graz nicht auf einem Rechtsanspruch auf diese Psychotherapie fußt, sondern fördert das, dass man sagt, ok, das ist wichtig, wir hätten das gerne. Die Arbeit von TARA ist wichtig, wir fördern sie, aber wir sagen nicht, wir bieten allen Frauen, die davon betroffen sind, wirklich die Möglichkeit, kostenfrei oder sehr, sehr kostengünstig diese Möglichkeit in Anspruch zu nehmen und das ist bei TARA nicht der Fall und ich möchte gar nicht so weit darauf eingehen, was die Frau Potzinger gesagt hat. Ich möchte nur eine Sache sagen. Ich bin vielleicht jung, aber ich bin ganz sicher nicht dumm und auch wenn ich noch sehr klein war, wie Johanna Dohnal auf gewissen Demonstrationen war, habe ich sehr viel Geschichte gelernt und Geschichte zur Frauenbewegung. Und wenn wir Johanna Dohnal nicht hätten, dann hätten wir die Hälfte unserer gewaltschutz- und frauenpolitischen Gesetze nicht, die wir heute haben (*Allgem. Appl.*). Und das gegenüberzustellen mit Maßnahmen, die die Bundesregierung jetzt gerade macht, finde ich einfach eine Frechheit, weil obwohl ich sehr vielen Maßnahmen zustimmen kann, z. Bsp. in der härteren Strafdebatte, da begrüße ich die Maßnahmen, dass es härtere Gesetze und härtere Strafen gibt. Aber man kann nicht sagen, erstens mal von Frauenpolitikerinnen, die behaupten es gäbe kein Patriarchat, kann man nicht behaupten, dass sie die ganzen Maßnahmen wirklich ernst meinen und man kann nicht behaupten, dass genau diese Politikerinnen, die kürzen im Frauenbereich, genau bei diesen Vereinen wie z. Bsp. Frauenvereinen, die sich für das einsetzen, dass Frauen stärker werden und dass Frauen sich wehren, kürzen, kann man nicht wirkliche Arbeit für Frauen, die von Gewalt betroffen sind, erwarten. Und, ich glaube, noch einmal (*Appl.*), wir reden da von zwei Forderungen und die Forderung auf den Rechtsanspruch für Psychotherapie war gestern nicht, weil ich habe mir das gestern angeschaut, war nicht am Tableau. Die Täterarbeit war am Tableau, aber es sind keinerlei Aussagen getroffen worden in welcher Form, es ist keinerlei Aussage getroffen worden. Und ich möchte auch noch erinnern, dass die schwarz-blaue Regierung es war, die den Vorstoß von unserer letzten Regierung, dass es diesen

gemeinsam Tisch z. Bsp. von Polizei und Gewaltschutzzentren und Vereinen und Institutionen, die darin arbeiten, um mit dem Täter zu arbeiten. Ihr ward die Ersten, die diesen Fortschritt aufgekündet haben, weil die Polizei ist jetzt nicht einmal in der Lage, das zu machen, was sie vorher noch gemacht hat, weil ihr es abgedreht habt (*Allgem. Appl.*). Aber unabhängig davon bitte ich nur darum, den Antrag zu lesen, die Forderungen zu lesen und zumindest dem Antrag, also dem Punkt 1, den Rechtsanspruch für Psychotherapie für Opfer von Gewalt, zuzustimmen. Weil der war gestern nicht am Tableau von eurer Bundesregierung (*Allgem. Appl.*).

Die Dringlichkeit des Antrags wurde mit Mehrheit (gegen Grüne, SPÖ, KPÖ und Neos) abgelehnt.

8.8 Sportzentrum Graz-Weinzödl Verkehrssituation und Anbindung an den Öffentlichen Verkehr (GR Mag. (FH) Muhr, MSc, SPÖ)

GR Muhr:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, werte Mitglieder der Stadtregierung, werte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne, werte Kolleginnen und Kollegen, lieber Günter, es geht nicht um Sport, ich muss dich enttäuschen, es geht um den öffentlichen Verkehr, der dort uns Probleme bereitet. Es ist natürlich eine kleine Kombination, es ist ein Sportzentrum dort und ich werde es jetzt ein bisschen näher ausführen, damit du dann auch richtig informiert bist. Mit dem Sportzentrum Graz-Weinzödl, dem angrenzenden „Club 1902“ und dem Vereinsheim der „GAK Juniors“ hat die gesamte Fußballsektion vom GAK eine neue, alte Heimat gefunden. Und durch die sportlichen Erfolge ist das Interesse (*lacht*), ich sehe ja die Sturmfans lachen schon wieder, also bitte, lass man den Sport doch ein bisschen weg, also konzentrieren wir uns wieder auf die Verkehrsthematik, aber durch die sportlichen Erfolge ist das

Interesse am GAK bei den Fans ja immer noch überdurchschnittlich hoch und der GAK hat bei fast allen Heimspielen die Unterstützung von mindestens 2.000 Fans und die Tendenz ist ja steigend, also auch beim nächsten Aufstieg. Aber es sind ja auch andere Vereine noch in Weinzödl. Es gibt auch den Baseball-Verein, die Dirty Socks sowie zahlreiche andere Sportmannschaften, die zwischenzeitlich dort im Sportzentrum untergebracht sind und in Zukunft auch untergebracht werden. Also es folgen ja noch weitere Vereine, vor allem im amerikanischen Sportbereich. Aber leider gibt es im Zusammenhang mit der Anbindung dieses Zentrums an den öffentlichen Verkehr ein Problem, auf das uns auch immer die Fans und vor allem die Spielerinnen und Spieler der Jugendmannschaften und auch die Funktionärinnen und Funktionäre der verschiedensten Sportmannschaften immer wieder hinweisen, und zwar in den Abendstunden fährt die Buslinie 52 nicht mehr. Das ist insofern problematisch, da an normalen Trainingstagen des GAK derzeit rund 120 Kinder und Jugendliche der U11- bis U17-Mannschaften am Nachmittag im Sportzentrum Weinzödl trainieren und davon dürfte mindestens die Hälfte mit dem öffentlichen Verkehrsmittel unterwegs sein. Auch die Kampfmannschaft I und II reisen für das Training an mit dem Bus und unter der Woche, das muss bedenken, verkehrt der letzte Bus um 20.27 Uhr, an Samstagen bereits schon 18.43 und solche Fahrpläne machen es aber vielen Sportlerinnen und Sportler nicht möglich, mit dem öffentlichen Verkehrsmittel zum Training anzureisen. Also es geht da in ersten Linie auch um die Sportlerinnen und Sportler und nicht nur um die Fans. Weil an den Spieltagen ist ja die Situation noch viel prekärer, mehrere hunderte Fans reisen dort aufgrund des eingeschränkten Fahrplanes mit dem PKW an, da sie bei Spielende ja keine direkte Anbindung mehr an die öffentlichen Verkehrsmittel zu einem Hauptverkehrsknotenpunkt wie dem Hauptbahnhof vorfinden. Ebenso sind die Parkplätze im P + R Weinzödl bereits tagsüber schon ausgelastet, so dass die Kampfmannschaft derzeit gegen 18.30 Uhr beginnt, damit die Fans wenigstens Teile des Parkplatzes im Shopping Nord nutzen können. Sollte der GAK nun in die nächsthöhere Spielklasse aufsteigen, und das ist sehr realistisch, da könnt ihr nur lachen, aber ihr werdet schon sehen, dann werden fast alle Spiele aufgrund der Fernsehrechte am Freitag- oder Samstagabend stattfinden, also

das wird noch schwieriger dort von der Verkehrsproblematik. Und ein weiteres Problem gibt es dort, und zwar hinsichtlich mangelnder Verkehrssicherheit bei der Haltestelle Weinzödlbrücke, die vor allem die jüngeren Sportlerinnen und Sportler in Gefahr bringt, und zwar bei der Überquerung der Straße und daher stelle ich im Namen des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs den

dringlichen Antrag:

Die für den Bereich Verkehr zuständige Stadträtin Elke Kahr und der für Beteiligung ressortverantwortliche Stadtsenatsreferent Dr. Günter Riegler, beide anwesend, sehr gut, werden ersucht, die zuständigen Abteilungen sowie die Holding Graz prüfen zu lassen, inwieweit

1. eine Ausweitung der Betriebszeiten der Linie 52 an Spieltagen des GAK bis längstens 120 Minuten nach Spielende im 15-Minuten-Intervall sowie
2. eine generelle Ausweitung der Betriebszeiten der Linie 52 an Werktagen bis 21.15 Uhr und
3. die Errichtung eines Zebrastreifens mit Druckknopfampel bei der Haltestelle Weinzödlbrücke realisierbar sind.

Dem Gemeinderat ist in der März-Sitzung ein entsprechender Bericht vorzulegen. Und jetzt bin ich schon auf die Wortmeldungen der Sturmfans gespannt. Ich hoffe, dass die zahlreich erfolgen werden (*Allgem. Appl.*).

Originaltext des dringlichen Antrages:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Mit dem Sportzentrum Graz-Weinzödl, dem angrenzenden „Club 1902“ und dem Vereinsheim der „GAK Juniors“, hat die gesamte Fußballsektion des GAK wieder eine neue, alte Heimat gefunden. Mit dem sportlichen Erfolg ist auch das Interesse am GAK wieder massiv gestiegen. Durchschnittlich 2.000 Fans pilgern zu den Heimspielen in den

Grazer Norden. Auch der Baseball-Verein, die Dirty Socks Graz, sowie zahlreiche andere Sportmannschaften sind mittlerweile im Sportzentrum Graz-Weinzödl untergebracht. Leider gibt es in Zusammenhang mit der Anbindung des Zentrums an den öffentlichen Verkehr ein Problem, auf das uns Fans, Spielerinnen und Spieler aller Jugendmannschaften und Funktionärinnen und Funktionäre der verschiedensten Sportmannschaften immer wieder hinweisen: In den Abendstunden fährt die Buslinie 52 nicht mehr.

Was insofern problematisch ist, als an einem normalen Trainingstag des GAK 1902 derzeit rund 120 Kinder und Jugendliche der U11- bis U17-Mannschaften am Nachmittag zum Training im Sportzentrum Weinzödl sind. Davon dürfte mindestens die Hälfte mit den öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs sein. Auch die Kampfmannschaften I und II reisen für das Training an, einige davon ebenfalls mit dem Bus. Doch unter der Woche verkehrt der letzte Bus um 20.27 Uhr, an Samstagen sogar bereits um 18.43 Uhr. Solche Fahrpläne verunmöglichen es aber vielen Sportlerinnen und Sportlern, mit dem öffentlichen Verkehrsmittel zum Training anzureisen.

An Spieltagen ist die Situation noch viel prekärer, sind hunderte Fans nicht zuletzt aufgrund dieser sehr eingeschränkten Fahrpläne schlichtweg gezwungen, mit dem PKW anzureisen, da sie bei Spielende keine direkte Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel zu einem Hauptverkehrsknoten wie dem Hauptbahnhof vorfinden. Die Parkplätze im Bereich des P+R Weinzödl sind bereits tagsüber schon ausgelastet, die Matches der Kampfmannschaft beginnen derzeit gegen 18.30 Uhr, damit die Fans wenigstens Teile des Parkplatzes im „Shopping Nord“ mitnutzen können. Sollte der GAK 1902 in die nächsthöhere Spielklasse aufsteigen, werden fast alle Spiele aufgrund der Fernsehrechte Freitag- oder Samstagabend stattfinden.

Ein weiteres Problem stellt die mangelnde Verkehrssicherheit bei der Haltestelle Weinzödlbrücke dar, die vor allem die jüngsten Sportlerinnen und Sportler in Gefahr bringt.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

dringlichen Antrag:

Die für den Bereich Verkehr zuständige Stadträtin Elke Kahr und der für Beteiligungen ressortverantwortliche Stadtsenatsreferent Dr. Günter Riegler werden ersucht, die zuständigen Abteilungen sowie die Holding Graz prüfen zu lassen, inwieweit

- 1. eine Ausweitung der Betriebszeiten der Linie 52 an Spieltagen des GAK 1902 bis längstens 120 Minuten nach Spielende im 15-Minuten-Intervall sowie*
- 2. eine generelle Ausweitung der Betriebszeiten der Linie 52 an Werktagen bis 21.15 Uhr und*
- 3. die Errichtung eines Zebrastreifens mit Druckknopfampel bei der Haltestelle Weinzödlbrücke realisierbar sind.*

Dem Gemeinderat ist in der März-Sitzung ein entsprechender Bericht vorzulegen.

StR Riegler:

Dankeschön. Wie Sie wissen, ist ja gerade hier in diesem Raum auch der GAK immer sehr beliebt (*lacht*).

GR Frölich:

Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Zuhörer, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es könnte jetzt passieren, dass die Schwarzen auf mich böse sind, aber nicht meine Parteimitglieder, sondern die Sturmfans. Die kennen mich ja auch als Roter, was den Fußball betrifft. Bitte hier jetzt um Willenskundgebung (*lacht*). Danke für den Antrag. Wir werden dem Antrag sowohl in der Dringlichkeit als auch inhaltlich gerne zustimmen. Der Dringlichkeit nicht nur deshalb, weil wir für den Inhalt sind, sondern weil wir jede Initiative unterstützen, die unsere Frau Verkehrsstadträtin an ihre Verantwortung erinnert, rechtzeitig dafür zu sorgen, dass der Verkehr in Bereichen, wo sich etwas tut in unserer Stadt, wo sich etwas entwickelt, ich sage jetzt nicht nur GAK mit den unzähligen Jugendmannschaften, die natürlich nicht selbst mit dem Auto kommen, die geführt werden müssen. Wir haben diese angloamerikanischen

Sportarten dort angesiedelt, wir haben natürlich sehr, sehr viele Jugendmannschaften dort. Also dort die Verkehrsanbindung zu verbessern in allen Bereichen, da könnte man rechtzeitig anfangen, darüber nachzudenken. Wir hatten heute 18 Fragen in der Fragestunde, acht davon waren für die Frau Verkehrsstadträtin. Was zeigt uns das? Also mein persönlicher Eindruck war, dass mit einer gewissen Ratlosigkeit nahezu ausredenähnlich die Fragen beantwortet werden, ohne sich darüber Gedanken zu machen, warum ist das so, dass ich acht Fragen von 18 Fragen bekomme. In jeder Gemeinderatssitzung ist es so und es ist offenbar so, dass es nahezu eine Majestätsbeleidigung ist, wenn man sich erlaubt darauf hinzuweisen, dass verkehrsmäßig in dieser Stadt vieles im Argen liegt und auch nicht wirklich etwas weitergeht, keine Initiativen kommen, keine kreativen Denkansätze kommen, sondern es wird eine Verteidigungshaltung eingenommen. Wir sind die böse Schlange und das Kaninchen sitzt in der Ecke und ist Verkehrsstadträtin. Ich bin davon überzeugt, dass wir dort oben eine gute Lösung brauchen. Ich habe mich auch bei der Holding schlau gemacht, es gibt ja viele Veranstalter, eben MCG oder Theaterholding, die schon jetzt was tun, was man hier machen könnte. Der GAK könnte mit der Holding in Verhandlungen treten, ca. 70 Cent pro Ticket mehr verlangen. Dann bietet die Holding eine maßgeschneiderte Lösung an mit Shuttlebussen, mit zusätzlichen Einschubbussen bis an den Tagesrand, bis nach dem Spielende. Das wäre eine Variante, wo man das direkt löst. Es gibt eine Variante, wo die Holding sagt, die Samstage, den Plan an Samstagen zu verändern, was die Spieltage betrifft, ist ein bisschen schwierig, weil jeden zweiten Samstag ein Auswärtsspiel ist. Da muss man natürlich darüber nachdenken, aber ich halte es für gut, wenn man hier etwas auf die Reise schickt und es wird ja auch durch das Kontrollgremium dann gehen und dort werden diese Dinge ja besprochen werden, wenn man hier eine gute Lösung sucht und rechtzeitig darüber nachdenkt und auch ich hoffe, dass das Problem insoweit größer wird, als der GAK in der nächsten Spielklasse noch mehr Besucher haben wird (*Allgem. Appl.*).

StRⁱⁿ **Kahr:**

Sehr geehrter Herr GR Frölich!

*Zwischenruf GR **Frölich:** Ich bin GAK-Fan.*

StRⁱⁿ **Kahr:**

Zum Unterschied von Ihnen, man sieht es mal umgekehrt, ich bin politisch rot, aber was meinen Verein betrifft, bin ich eher bei Sturm (*Allgem. Appl.*), um das mal abzuklären. Das hat eine Tradition in meiner Familie und der bleibe ich halt treu, aber in Wirklichkeit freue ich mich über jedes gute Fußballspiel und sei es auch irgendwie von kleineren Ortschaften. Aber ich habe gemerkt, wie schnell du jetzt gesprochen hast, weil ich irgendwie das Gefühl gehabt habe, das hast du gemacht, weil du bei jedem Satz ein schlechtes Gewissen gehabt hast, was du jetzt gesagt hast. Und den Vergleich mit der Schlange und Kaninchen, also mein Lieblingstier, wenn schon, ist der Bär, und offenbar habt ihr euch ja selbst ziemlich auf den Schlips getreten gefühlt, weil man sozusagen mit einem Vorschlag kommt, dass es nämlich dringend notwendig ist, ein weiteres Straßenbahnpaket und auch ÖV-Paket insgesamt, nämlich auch die Betriebszeitenerweiterung nicht nur in den Abendstunden, sondern auch an den Wochenenden und da ist nicht wer anderer zuständig, weil für die Verkehrsplanung ist die Stadträtin Kahr, wie du mich immer sozusagen erinnerst, zuständig, für die Finanzierung, und das ist richtig, lieber Herr Gemeinderat, da seid ihr zuständig und weil du das Kontrollgremium erwähnst hast, lieber Herr Gemeinderat, und ohne den Herrn Stadtrat Riegler, mit dem ich mich sonst persönlich sehr, sehr gut verstehe, ich kann dir die Protokolle zeigen, weil Gott sei Dank führen das die KollegInnen, wo genau das, was jetzt angesprochen worden ist, genau das Gegenteil behauptet wird, nämlich dass die Busse eh immer leer fahren und wir kein Geld in die Hand nehmen müssen für irgendwelche Taktverdichtungen und Betriebszeitenerweiterungen. Und das ist kein Ausweichen, sondern das ist die Realität, die diskutiert wird. Ich habe das nicht

angezettelt, das zettelt immer ihr an diese Debatte. Ich versuche eine Handreichung zu geben, ziehen wir an einem Strang, habe auch z. Bsp. mit dem Herrn Bürgermeister erst vor einem Monat gemacht.

*Zwischenruf GR **Hötzl**: Das ist wehleidig.*

StRⁱⁿ Kahr:

Ich bin überhaupt nicht wehleidig, sonst wäre ich nicht bei der KPÖ, glaube mir das (*Allgem. Appl.*), (*lacht*). Viel wichtiger ist, und jetzt komme ich zum eigentlichen Punkt, sehr, sehr gerne unterstütze die Dringlichkeit und natürlich auch den Antrag (*Allgem. Appl.*).

StR Riegler:

Als selbst angesprochener Stadtsenatsreferent sage ich natürlich, gerne machen wir das. Also ich bin in der Rolle sozusagen des Providers, des Dienstleisters, aber natürlich bedarf es dann halt auch einer Klärung der Frage, wie das zu finanzieren ist und da werden wir also gerne im Kontrollgremium ein bisschen dann danach suchen und dann entsprechend auch nach einer Lösung suchen. Ein bisschen etwas haben wir da schon angefragt. Also von meiner Seite auch durchaus Gesprächsbereitschaft.

GRⁱⁿ Ussner:

(*lacht*). Ich bin nur da, um mich als Sturmfan zu outen. Wir werden natürlich auch zustimmen, das macht nicht nur wegen dem Sportzentrum Sinn, sondern eben auch weil teilweise die Leute, die bei der Bulme in die Abendschule gehen, auch massive Probleme haben, dann wieder zurückzukommen und da zwingt man die Leute halt in das Auto, wo es eigentlich nicht sein müsste. Danke für den Antrag (*Allgem. Appl.*).

GR Muhr:

Vielen Dank für die breite Zustimmung. Ich möchte noch einmal betonen, dass Sturm und GAK, das Sportliche, nicht im Vordergrund steht, es steht der öffentliche Verkehr im Vordergrund. Wir wollen ja einen Modalsplit erreichen, also das bitte im Vordergrund zu halten. Dass der GAK davon profitiert, ist natürlich ein Nebenprodukt und nochmals vielen, vielen Dank und darf noch einmal alle Sturmfans recht herzlich einmal sagen, geht runter morgen, 11.400 Karten sind schon verkauft, schaut euch ein gescheites Match einmal an, dann habt ihr ein bisschen eine Freude (*Lachen im Gemeinderatssaal, Allgem. Appl.*).

Die Dringlichkeit des Antrags wurde einstimmig angenommen.

StR Riegler:

Ein voller Erfolg, einstimmig angenommen. Das heißt, Frau Stadträtin Kahr und ich werden uns umgehend mit Herrn Vorstandsdirektor Malik in Verbindung setzen, um das alles zu beraten und wir werden halt in der Schatulle der Finanzen schauen, ob wir noch etwas finden.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**8.9 Widerruf Ehrenbürgerschaft Hans Klopfer
(GR Swatek, Neos)**

GR Swatek:

Sehr geehrte Damen und Herren auf der Tribüne, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen. Wir hatten heute schon die Diskussion um die Straßennamen in Graz. Dort hat die Expertenkommission ja festgestellt, dass 20 Straßennamen in Graz ja als sehr problematisch eingestuft werden. Eine dieser Straße hat ihren Namen durch Herrn Hans Klopfer bekommen. Hans Klopfer ist ein Dichter und Arzt gewesen, der öffentlich den Anschluss Nazi-Deutschland begrüßt hat, der Lobesgedichte auf Hitler geschrieben hat, der auch beim Bekenntnisbuch österreichischer Dichter mitschrieb und den Anschluss begeistert begrüßte. Er war ab 1938 dann auch Mitglied der NSDAP mit einer Mitgliedsnummer, die nur verdienten Österreichern vorbehalten war. Er starb dann 1944 und bei seinem Grab schickten Hitler aber auch Josef Goebbels persönlich Kränze. In der historischen Forschung gilt Klopfer heute als Wegbereiter des Nationalsozialismus in der Weststeiermark und 1942 ernannten ihn die Nazis damals auch in Graz zum Ehrenbürger. Klopfer ist noch heute Ehrenbürger und ich bin der Meinung, dass ein Wegbereiter des Nationalsozialismus kein Ehrenbürger dieser Stadt sein sollte und stelle dadurch heute den

dringlichen Antrag,

dass der Gemeinderat beschließt, mit sofortiger Wirkung Hans Klopfers Ehrenbürgerschaft zu widerrufen.

Ich halte das einfach auch für ein wichtiges Symbol, dass wir uns hier im Klaren sind, welche Bürger wollen wir in unserer Stadt in den Mittelpunkt rücken, welche Bürger wollen wir ehren und ich finde, jeder, der der Meinung ist, dass ein Nazi-Dichter nicht uns Grazerinnen und Grazer vertritt, jeder, der der Meinung ist, dass ein Nazi-Dichter nicht von der Stadt Graz geehrt werden sollte, der hat heute mit diesem dringlichen Antrag die Möglichkeit, Haltung zu zeigen (*Allgem. Appl.*).

Originaltext des dringlichen Antrages:

Unter dem Nazi-Regime 1942 wurde Hans Klopfer zum Ehrenbürger der Stadt Graz ernannt. Heute gilt Hans Klopfer in der historischen Forschung als "Wegbereiter des Nationalsozialismus in der Weststeiermark".

"Vor allem sein flammender Aufruf an die Bauern des Stubalmgebiets im März 1938, bei der Volksabstimmung nach dem „Anschluss“ an Nazi-Deutschland mit „Ja“ zu stimmen, wird heute sehr verurteilt. Ebenso sein „Steirischer Bergbauerngruß“ in dem es heißt: „Schreibm tuat er si Hitler,/ und uns so guat gsinnt,/wia ma weit in der Welt/ net an liabern wo findt.“ Klopfer beteiligte sich auch am „Bekenntnisbuch österreichischer Dichter“, in dem er den Anschluss begeistert begrüßte und wurde mit 1. Mai 1938 Mitglied der NSDAP - mit einer Mitgliedsnummer, die nur „verdienten Österreichern“ vorbehalten war. Zahlreiche Neuauflagen und Ehrungen folgten. Am 26. Juni 1944 verstarb Klopfer nach einem Schlaganfall im Alter von 77 Jahren und erhielt ein Staatsbegräbnis. Gauleiter Sigfried Uiberreither lobte Hans Klopfer in seiner Grabrede als „Kämpfer der Verbotszeit“ - und Adolf Hitler und Joseph Goebbels schickten Kränze."

Noch heute ist Hans Klopfer Ehrenbürger der Stadt Graz, obwohl seine Vergangenheit genauestens aufgearbeitet ist und er sich auch im Expertenkommissionsbericht zu Straßennamen unter den zwanzig sehr problematischen Namen befindet. Auf der Homepage der Stadt Graz wird Klopfers nationalsozialistische Vergangenheit komplett verschwiegen. Auch auf der nach ihm benannten Straße oder seiner Büste auf dem Grazer Schloßberg fehlt ein Hinweis. Die Tageszeitung "der Standard" wies im Jahr 2013 bereits auf die Hintergründe Klopfers und die Ehrung seitens der Stadt Graz hin. Damals hieß es vom Sprecher des Bürgermeisters:

"Wir werden das jetzt prüfen und gegebenenfalls einen erklärenden Text zum Eintrag hinzufügen."

Seitdem hat sich weder auf der Homepage der Stadt Graz noch bei seinem Denkmal und seinem Straßennamen etwas getan. Die Zeit der Untätigkeit und des Ignorierens muss ein Ende finden. Ein "Wegbereiter des Nationalsozialismus" darf in einer

Menschenrechtsstadt kein Ehrenbürger sein. Es wird Zeit, hier als Gemeinderat aktiv zu werden und Kloeppers Ehrenbürgerschaft zu widerrufen.

Gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates und §13 (5) des Statuts der Landeshauptstadt Graz stelle ich den

dringlichen Antrag,

dass der Gemeinderat beschließt, mit sofortiger Wirkung Hans Kloeppers Ehrenbürgerschaft zu widerrufen.

GR Pogner:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Antragsteller. Zum dritten Mal haben wir heute quasi das gleiche Thema am Tapet. Es wird deswegen nicht besser, sondern wir haben es, wie gesagt, eben zum dritten Mal hier. Ja, was da in der Vergangenheit, in der Nazi-Zeit passiert ist, ist schrecklich, ist furchtbar und wir sind auch gegen jegliche auch nur ansatzweise Verherrlichung dieser Zeit und das muss man ganz klar hier deponieren. Aber wir sprechen hier über jemanden, der vor über 150 Jahren geboren wurde, der vor über 70 Jahren verstorben ist. Er war Arzt, ja das ist richtig. Heißt das aber, ist er jetzt immer noch Arzt? Weil wenn man Arzt war, dann müsste man ja auch theoretisch immer noch Ehrenbürger sein. Er war Ehrenbürger, weil er ist ja verstorben, also ich sehe diese Dringlichkeit in keinsten Weise. Wie gesagt, über 150 Jahre vorbei, die Geburt über 70 Jahre vorbei, der Todestag, und da sollte man vielleicht einmal generell abklären, wie lange ist man automatisch Ehrenbürger, wenn man verstorben ist oder wie auch immer. Da wäre zusätzlich einmal etwas, wo es einen Klärungsbedarf gibt. Aber es ist in gar keinem Fall in irgendeiner Weise dringlich, weil es noch ein paar Jahre mehr oder weniger sind. Wir stimmen der Dringlichkeit auf jeden Fall nicht zu (*Allgem. Appl.*).

GRⁱⁿ **Wutte:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste. Ich werde mich kurzfassen, wir sind ja schon in einer fortgeschrittenen Stunde und haben die Debatte eigentlich an einem anderen Ort schon gehabt. Ich möchte aber schon festhalten, eigentlich ist es noch viel offensichtlicher als bei den Straßennamen, dass es eben bei einer Ehrenbürgerschaft um eine Ehrung durch die Stadt geht. Und nur weil man vielleicht auf die grundsätzliche Debatte führen muss, ob eine Ehrenbürgerschaft irgendwann mal erlischt, wenn man schon lange verstorben ist, heißt das ja nicht, dass man nicht an der Stelle ein klares Zeichen setzen kann und sagen kann, dieser Mann ist auf jeden Fall kein Ehrenbürger der Stadt Graz und deswegen aberkennen wir die Ehrenbürgerschaft. Also ich sehe die Argumentation, die da von Seiten der ÖVP kommt, überhaupt nicht. Wir könnten einfach als Gemeinderat da ein Signal setzen, dass wir diese Ehrenbürgerschaft nicht gutheißen und sie deswegen aberkennen. Ich verstehe euch da einfach nicht.

*Zwischenruf GRⁱⁿ **Gmeinbauer:** Bringt ihr eine Tafel am Grabstein an? Das wäre die Konsequenz.*

Wutte:

Wir können nachher noch gerne weiterdiskutieren. Jedenfalls möchte ich mich bei dir bedanken, Niko, für deinen Antrag und ich finde es schade, dass man sich nicht einmal zu diesem Signal hier durchringen kann, was keinen Aufwand bedeutet. Wo man aber auch zeigt, dass man die Taten von den Menschen nicht gutheißt. Und weil du noch einmal gesagt hast, das ist so lange her, dass er gelebt hat, ich möchte es noch einmal sagen, deswegen habe wir ja die HistorikerInnenkommission beauftragt, damit sie uns eine wissenschaftlich fundierte Grundlage bieten, um eben die Handlungen und das Leben dieser Menschen zu bewerten. Deswegen haben wir das vorliegen (*Allgem. Appl.*).

*Zwischenruf GRⁱⁿ **Gmeinbauer**: Nach vorne schauen, nicht zurück.*

GR Ehmann:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, Herr Vorsitzender, geschätzte Mitglieder der Stadtregierung, KollegInnen im Gemeinderat, meine Damen und Herren auf der Galerie, lieber Antragsteller, lieber Niko. Danke für diesen Antrag. Wir halten das auch für gut diesen Antrag, den du gebracht hast. Wir würden nur nicht eine spezielle Person nur herauspicken, sondern wir würden das aufnehmen vom Kollegen Pogner und würden ersuchen, dass ihr der Dringlichkeit zustimmt, weil dann haben wir die Möglichkeit, einen Zusatzantrag einzubringen, den wir vorbereitet haben, nämlich dass wir einen Schritt weiter gehen und sagen, ok, picken wir uns nicht nur eine Persönlichkeit heraus, sondern man ist ja auch draufgekommen, dass beispielsweise Leo Scheu oder Paul Jaritz z. Bsp. auch sich in den Personen der Stadt Graz als BürgerInnen der Stadt Graz wiederfinden. Also auch hier wäre eine Diskussion der HistorikerInnenkommission erforderlich, wo man sagt, ok, man schaut sich die EhrenbürgerInnen, EhrenringträgerInnen und die BürgerInnen der Stadt Graz an, weil das sind nicht so viele wie bei den Straßennamen, das muss man auch sagen, das wäre eine überschaubare Größe, und könnte dann feststellen, ob es hier ein Notwendigkeiten noch gäbe, das abzuerkennen oder zumindest sich als Stadt Graz symbolisch davon zu distanzieren. Das wäre ja auch eine Möglichkeit. Also hier gibt es vielerlei Möglichkeiten. Danke für diesen Aufruf, der Dringlichkeit jetzt zuzustimmen, lieber Harry, weil dann geht der Zusatzantrag durch.

*Zwischenruf GR **Pogner**: Träume weiter.*

Ehmann:

Aber ich fürchte genau, wie du es jetzt schon bestätigst, dass ihr das ablehnen werdet. Also mich wundert es nicht, dass euer Landeshauptmann-Stellvertreter Gasteiger ausgestiegen ist aus der ÖVP, weil der gesagt hat, es ist sowieso nur mehr rechtspopulistische Partei, aber gut (*Allgem. Appl.*).

Zwischenruf Lohr: Braun ist verdächtig.

GRⁱⁿ Braunersreuther:

Sehr geehrte KollegInnen, die Sprüche aus der ersten Reihe ignoriere jetzt einmal. Ich kann dir nur danken und zustimmen und sagen, natürlich ist es dringlich, sowohl dein Antrag als auch der Zusatzantrag wäre sehr dringlich. Vor allen Dingen, weil ich diesen Antrag bereits am 18. Oktober 2018 gestellt habe als Zusatzantrag zum Gemeinderatsstück und seither nichts passiert ist. Und das heißt eigentlich, weil immer wieder darauf gedrängt werden muss, finde ich dringlich, dass diese Ehrungen genau wie die Straßennamen von einer HistorikerInnenkommission überprüft werden und dass das Ergebnis dann auch Folgen hat, nämlich dass Ehrungen, die noch deutlicher, wie schon erwähnt, als Straßen auf eine Ehrung, eine Wertschätzung hinweisen, dann durchaus aberkannt werden (*Allgem. Appl.*).

GR Mogel:

Liebe Gäste, Frau Gemeinderat, Vorsitzende. Ich möchte trotzdem noch einmal den Versuch starten, Hans Kloepfer ein bisschen ganzheitlicher zu betrachten und nicht ausschließlich auf seine letzten sechs Jahre zu reduzieren. Hans Kloepfer hat sein Leben lang als Arzt und vor allem für damalige Verhältnisse langes Leben als Arzt gewirkt in einer sehr strukturschwachen Region, den Kohlebergbaugebieten in Weststeiermark. Oftmals ist er dort mühevoll mit Bahn und zu Fuß zu den kranken

Bergleuten und deren Familien gekommen. Sehr oft hat er seine Dienste dort unentgeltlich angeboten. Wegen genau dieses Engagements erinnert man sich auch heute noch in der Region rund um Eibiswald sehr genau. Er selbst soll, das ist jetzt Hörensagen, zum Teil gesagt haben, aufgrund der Zeit, die er bei den Reisen durch die Weststeiermark verbracht hat, hat er die Möglichkeit, den Leuten auf das Maul zu schauen. Das Ergebnis sind viele schöne und einfühlsame Berichte und Gedichte in Mundart. Aus all seinen Schriften und Berichten erkennt man, wie sehr Herr Hans Klopfer die Bevölkerung wirklich am Herzen gelegen ist. Vor allem die durch den Bergbau nicht bevorzugten Menschen in der Weststeiermark. Sein soziales Handeln ist auch ganz normal dokumentiert und bekannt. Dass auch ein Hans Klopfer sich im höheren Alter vom Nationalsozialismus blenden ließ, ist ein Umstand, der traurigerweise, muss man sagen, auch viele Österreicher, darunter auch andere Schriftsteller, Schauspieler, andere Künstler getroffen hat. Da er noch im Jahre 1944 verstarb, hat er auch nicht mehr die Möglichkeit, diese Zeit in einer eigenen Rückschau zu bewerten, seinen eigenen Fehler zu erkennen und sich eines Besseren zu besinnen. Aus seinen Gedichten vor allem aus dieser Zeit, z. Bsp. der Ruß, ich weiß nicht, ob ihr das kennt, merkt man seine sehr, sehr versöhnlichen und einfühlsamen Zugang zu den Menschen. Aus diesem Grund heraus möchte ich auch noch einmal sagen, jetzt 70 Jahre danach erscheint mir dieses Thema als absolut nicht dringlich, zumal auch nach dem Zweiten Weltkrieg die Situation der Ehrenbürgerschaft nicht verändert wurde und das damals auch nicht durch Menschen, die sehr wohl durch das NS-Regime auch sehr gelitten haben. Geben wir dem Antrag, der heute bezüglich der Straßennamen durchgeführt ist, die Zeit, auch hier der Bevölkerung, sich mit den Themen auseinander zu setzen. Ob sich dann noch andere Themenstellungen entwickeln oder ergeben, wird man dann sehen. Danke (*Allgem. Appl.*).

Swatek:

Die hier ihrer Zustimmung bekundet haben, auch an den Michi, ich habe keine Idee, dass man alle einmal einer Kontrolle unterzieht und schaut, was die Ehrenbürger

geschichtlich heute für einen Kontext haben, auch als eigenen Antrag eingebracht, wollte es nicht in den Dringlichen reintun, damit das nicht hergenommen werden kann, um zu sagen, das kostet Geld und blablabla, wir kennen das schon. Ist Hans Klopfer ein Ehrenbürger der Stadt Graz? Wenn man jetzt Ehrenbürger und Graz bei Google eingibt und auf die Homepage der Stadt Graz kommt, dann steht er da aufgelistet und wird dort als Ehrenbürger dargestellt.

*Zwischenruf GRⁱⁿ **Gmeinbauer**: Unter den Verstorbenen.*

Swatek:

Wenn wir auf sein Straßenschild schauen, das ihm gewidmet wird, dann steht dort Ehrenbürger der Stadt Graz und da steht nirgends, war Ehrenbürger der Stadt Graz. Es gibt auch keine Liste, in der steht, dass die Ehrenbürgerschaft mit ihm abgelaufen sei mit seinem Tod. Er wird überall als Ehrenbürger der Stadt aufgelistet und nirgends findet sich eine Form der Vergangenheit. 2013 hat schon der Standard den Bürgermeister darauf hingewiesen auf die Geschichte Hans Klopfers. Damals versprach der Bürgermeister eine Prüfung Hans Klopfers. Bis heute hat sich nichts getan. Man findet weder auf der Homepage der Stadt Graz zu Klopfers Persönlichkeit eine Anmerkung zu seiner NS-Vergangenheit, man findet aber auch nichts auf seinem Straßenschild, noch nicht, und auch nicht auf seiner Büste am Grazer Schloßberg...

*Zwischenruf GR **Piffl-Percevic**: Heute haben wir das beschlossen.*

Swatek:

Auch nicht am Grazer Schloßberg einen Hinweis auf seine NS-Vergangenheit. Ich glaube, dass wir allein schon diese sechs Jahre endlich handeln sollten und

abschließend möchte ich noch ein Beispiel vom Bürgermeister heute aufnehmen. Der Bürgermeister hat gesagt, dass wir die Straßennamen als Denkmäler sehen sollten. Wir sollten das in zwei Teilen sehen, nämlich denken und mahnen und wir sollten darüber nachdenken und das als Mahnmal ...

*Zwischenruf GR **Schunko**: Denke einmal.*

Swatek:

Ja, zwei Wörter, denk einmal darüber nach und denke an die Geschichte. Ja, das habe ich gesagt.

*Zwischenruf GR **Piffel-Percevic**: Wir haben das heute beschlossen, oder nicht?*

Swatek:

Die Sache ist die, warum betrachten wir den Ehrenbürger als das, was es heißt, nämlich dass wir einen Bürger ehren.

Laute und undeutliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.

Swatek:

Die Sache ist, wenn wir der Meinung sind, dass wir einen Nazi-Dichter nicht ehren sollten und wenn jemand von euch der Meinung ist, dass wir das tun sollten, dann hat er jetzt die Möglichkeit, Haltung zu zeigen. Seid ihr dafür, dass ein Nazi-Dichter ein

Ehrenbürger der Stadt sein soll oder seid ihr es nicht? Mit eurer Abstimmung habt ihr hier jetzt die Möglichkeit, dazu Haltung zu beziehen (*Allgem. Appl.*).

StR Riegler:

Herr GR Swatek, ich möchte vielleicht schon auch noch als Kulturreferent das bekräftigend hinzufügen, was der Herr Dr. Piffl-Percevic schon mitteilen wollte. Genau um diese Auseinandersetzung mit den historischen Gegebenheiten geht es und tatsächlich ist genau das der Inhalt des von uns eingebrachten Vorschlages, eben die Menschen zu informieren, die Jugend zu informieren, über Zusatztafeln ein differenziertes Bild zu vermitteln, anstatt eben die Vergangenheit einfach auszulöschen und da so zu tun, als ob es die Persönlichkeit oder auch die Gräueltaten nie gegeben hat.

*Zwischenruf GRⁱⁿ **Ussner**: Das ist nicht die Frage, die im Raum steht.*

StR Riegler:

Insofern kann ich Ihnen versichern, dass ich in der Beziehung auch als Kulturreferent ein gutes Gefühl mit dem Vorschlag habe, der ja heute gekommen ist und bin daher auch nicht der Meinung, dass man die Ehrenbürgerschaft aberkennen soll.

Die Dringlichkeit des Antrages wurde mit Mehrheit abgelehnt (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ, Neos).